



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. Februar 2013 (14.02)
(OR. en)**

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0030 (NLE)**

**6355/13
ADD 3**

**ELARG 5
ACCTR 1**

ADDENDUM ZUM VORSCHLAG

der Europäischen Kommission

vom 8. Februar 2013

Nr. Komm.dok.: COM(2013) 51 final PART 3/3

Betr.: Anhang zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts Kroatiens (Teil 3 von 3)

Die Delegationen erhalten in der Anlage den mit Schreiben von Herrn Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, Herrn Uwe CORSEPIUS, übermittelten Vorschlag der Europäischen Kommission.

Anl.: COM(2013) 51 final PART 3/3

Brüssel, den 8.2.2013
COM(2013) 51 final

PART 3/3

ANHANG

zum Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts Kroatiens

ANHANG

zum Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts Kroatiens

2. FREIZÜGIGKEIT

SOZIALE SICHERHEIT

32004 R 0883: Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1):

- (a) In Anhang I Teil I „Unterhaltsvorschüsse“ wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Zeitlich begrenzte Vorschüsse, die von Sozialfürsorgezentren aufgrund der Verpflichtung nach dem Familiengesetz (OG 116/03, geänderte Fassung), vorübergehend Unterhalt zu leisten, gezahlt werden.“

- (b) In Anhang I Teil II „Besondere Geburts- und Adoptionsbeihilfen“ wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

- (a) Einmalige Geldleistung für ein neugeborenes Kind nach dem Gesetz über Mutterschafts- und Elternschaftsleistungen (OG 85/08, geänderte Fassung);

- (b) einmalige Geldleistung für ein adoptiertes Kind nach dem Gesetz über Mutterschafts- und Elternschaftsleistungen (OG 85/08, geänderte Fassung);

- (c) einmalige Geldleistungen für ein neugeborenes oder ein adoptiertes Kind, die aufgrund von Verordnungen über die lokale und regionale Selbstverwaltung gemäß Artikel 59 des Gesetzes über Mutterschafts- und Elternschaftsleistungen (OG 85/08, geänderte Fassung) vorgesehen sind.“

- (c) In Anhang II „Bestimmungen von Abkommen, die weiter in Kraft bleiben und gegebenenfalls auf die Personen beschränkt sind, für die diese Bestimmungen gelten“ wird Folgendes eingefügt:

- (i) nach dem Eintrag für BULGARIEN — DEUTSCHLAND:

„BULGARIEN — KROATIEN

Artikel 35 Absatz 3 des Abkommens über soziale Sicherheit vom 14. Juli 2003 (Anrechnung von bis zum 31. Dezember 1957 zurückgelegten Versicherungszeiten zulasten des Vertragsstaates, in dem die versicherte Person am 31. Dezember 1957 ihren Wohnsitz hatte).“

- (ii) nach dem Eintrag für DEUTSCHLAND — FRANKREICH:

„DEUTSCHLAND — KROATIEN

Artikel 41 des Abkommens über soziale Sicherheit vom 24. November 1997 (Regelung der Ansprüche, die vor dem 1. Januar 1956 in der Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erworben worden sind); die Anwendung jener Bestimmung bleibt auf die Personen beschränkt, für die dieses Abkommen gilt.“

- (iii) nach dem Eintrag für SPANIEN — PORTUGAL:

„KROATIEN — ITALIEN

- (a) Abkommen zwischen Jugoslawien und Italien über die gegenseitigen Verpflichtungen im Bereich der Sozialversicherung mit Hinweis auf Anhang XIV Nummer 7 des Friedensvertrags (am 5. Februar 1959 durch Notenwechsel geschlossen) (Anrechnung von vor dem 18. Dezember 1954 zurückgelegten Versicherungszeiten); die Anwendung bleibt auf die Personen beschränkt, für die dieses Abkommen gilt.

- (b) Artikel 44 Absatz 3 des Abkommens über soziale Sicherheit zwischen der Republik Kroatien und der Italienischen Republik vom 27. Juni 1997 betreffend die ehemalige Zone B des Freien Gebiets Triest (Anrechnung von vor dem 5. Oktober 1956 zurückgelegten Versicherungszeiten); die Anwendung jener Bestimmung bleibt auf die Personen beschränkt, für die dieses Abkommen gilt.

KROATIEN — UNGARN

Artikel 43 Absatz 6 des Abkommens über soziale Sicherheit vom 8 Februar 2005 (Anrechnung von bis zum 29 Mai 1956 zurückgelegten Versicherungszeiten zulasten des Vertragsstaates, in dem die versicherte Person am 29. Mai 1956 ihren Wohnsitz hatte).

KROATIEN — ÖSTERREICH

Artikel 35 des Abkommens über soziale Sicherheit vom 16. Januar 1997 (Anrechnung von vor dem 1. Januar 1956 zurückgelegten Versicherungszeiten); die Anwendung jener Bestimmung bleibt auf die Personen beschränkt, für die dieses Abkommen gilt.

KROATIEN — SLOWENIEN

- (c) Artikel 35 Absatz 3 des Abkommens über soziale Sicherheit vom 28. April 1997 (Anrechnung von Versicherungszeiten mit Bonus nach den Rechtsvorschriften des ehemaligen gemeinsamen Staates);
 - (d) Artikel 36 und 37 des Abkommens über soziale Sicherheit vom 28. April 1997 (für vor dem 8. Oktober 1991 erworbene Ansprüche tritt weiterhin der Vertragsstaat ein, der sie bewilligt hat Renten, die zwischen dem 8. Oktober 1991 und dem 1. Februar 1998 – dem Tag des Inkrafttretens des genannten Abkommens – für in dem anderen Vertragsstaat bis 31. Januar 1998 zurückgelegte Versicherungszeiten bewilligt wurden, sind neu zu berechnen).“
- (d) In Anhang III „Beschränkung des Anspruchs auf Sachleistungen für Familienangehörige von Grenzgängern“ wird nach dem Eintrag für SPANIEN Folgendes eingefügt:

„KROATIEN“

- (e) In Anhang VI (Rechtsvorschriften des Typs A, die der Sonderkoordinierung unterliegen sollten) wird nach den Angaben für GRIECHENLAND Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Invaliditätsrenten aufgrund von berufsbedingten Verletzungen oder Berufskrankheiten gemäß Artikel 52 Absatz 5 des Rentenversicherungsgesetzes (OG 102/98, geänderte Fassung).

Beihilfen bei körperlichen Schäden gemäß Artikel 56 des Rentenversicherungsgesetzes (OG 102/98, geänderte Fassung).“

- (f) In Anhang VIII Teil 2 (Fälle, in denen Artikel 52 Absatz 5 Anwendung findet) wird nach den Angaben für FRANKREICH Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Auf individuellen Kapitalanlagen beruhende Renten aus dem gesetzlichen Rentenversicherungssystem nach dem Gesetz über obligatorische und freiwillige Pensionsfonds (OG 49/99, geänderte Fassung) und dem Gesetz über Rentenversicherungs-Gesellschaften und über Rentenzahlungen auf der Grundlage von individuellen Kapitalanlagen (OG 106/99, geänderte Fassung), außer in den in den Artikeln 47 und 48 des Gesetzes über obligatorische und freiwillige

Pensionsfonds genannten Fällen (Invaliditätsrenten aufgrund allgemeiner Arbeitsunfähigkeit und Hinterbliebenenrenten).“

3. GESELLSCHAFTSRECHT

32001 R 2157: Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1):

(a) In Anhang I wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN:

dioničko društvo“.

(b) In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

“KROATIEN:

dioničko društvo, društvo s ograničenom odgovornošću“.

4. WETTBEWERBSPOLITIK

31999 R 0659: Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 1):

In Artikel 1 Buchstabe b erhält Ziffer i folgende Fassung:

„(i) unbeschadet der Artikel 144 und 172 der Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, des Anhangs IV Nummer 3 und der Anlage zu diesem Anhang der Akte über den Beitritt der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei, des Anhangs V Nummer 2 und Nummer 3 Buchstabe b und der Anlage zu diesem Anhang der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens und des Anhangs IV, Nummer 2 und Nummer 3 Buchstabe b und der Anlage zu diesem Anhang der Akte über den Beitritt Kroatiens alle Beihilfen, die vor Inkrafttreten des Vertrages in dem entsprechenden Mitgliedstaat bestanden, also Beihilferegelnungen und Einzelbeihilfen, die vor Inkrafttreten des Vertrages eingeführt worden sind und auch nach dessen Inkrafttreten noch anwendbar sind;“.

5. LANDWIRTSCHAFT

1. 32007 R 0834: Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. L 189 vom 20.7.2007, S.1):

Im Anhang wird vor den Angaben für IT Folgendes eingefügt:

„HR: ekološki.“

2. 32007 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1):

(a) In Anhang XIa Abschnitt III Nummer 2 wird in die Tabelle unter A. Verkehrsbezeichnungen für Fleisch von bis zu 8 Monate alten Rindern der Kategorie V folgende Zeile nach dem Eintrag für Frankreich eingefügt: :

„Kroatien teletina“

(b) In Anhang XIa Abschnitt III Nummer 2 wird in die Tabelle unter B. Verkehrsbezeichnungen für Fleisch von mehr als 8 bis zu höchstens 12 Monate alten Rindern der Kategorie Z folgende Zeile nach dem Eintrag für Frankreich eingefügt:

„Kroatien mlada junetina“.

3. 32009 R 0073: Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates vom 19. Januar 2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1290/2005, (EG) Nr. 247/2006, (EG) Nr. 378/2007 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 (ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16)

In Artikel 10a erhalten die Absätze 3 und 4 folgende Fassung:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Direktzahlungen, die den Betriebsinhabern Bulgariens, Kroatiens und Rumäniens sowie der französischen überseeischen Departements, der Azoren und Madeiras, der Kanarischen Inseln und der Ägäischen Inseln gewährt werden.

(4) Abweichend von Absatz 1 wird die in jenem Absatz genannte Kürzung in den anderen neuen Mitgliedstaaten als Bulgarien, Kroatien und Rumänien auf 0 % festgesetzt.“

4. 32009 R 1217: Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 27):

(a) In Artikel 6 Absatz 1 wird Folgendes angefügt:

„Kroatien bildet spätestens bis zum Ende des sechsten Monats nach dem Zeitpunkt des Beitritts einen nationalen Ausschuss.“

(b) In Anhang I wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„Kroatien

1. Kontinentalna Hrvatska

2. Jadranska Hrvatska

Kroatien kann jedoch während der auf den Beitritt folgenden drei Jahre ein einziges Gebiet darstellen.“

6. LEBENSMITTELSICHERHEIT SOWIE VETERINÄR- UND PFLANZENSCHUTZPOLITIK

A. RECHTSVORSCHRIFTEN AUF DEM GEBIET DER LEBENSMITTELSICHERHEIT

1. 32004 R 0853: Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55):

(a) In Anhang II Abschnitt I Teil B Nummer 6 erhält Absatz 2 folgende Fassung:

„Im Falle der Mitgliedstaaten sind dies jedoch die Codes: BE, BG, CZ, DK, DE, EE, GR, ES, FR, HR, IE, IT, CY, LV, LT, LU, HU, MT, NL, AT, PL, PT, SI, SK, FI, RO, SE und UK.“

(b) In Anhang II Abschnitt I Teil B Nummer 8 erhält der erste Unterabsatz folgende Fassung:

„Wenn das Kennzeichen in einem Betrieb in der Gemeinschaft angebracht wird, muss es eine ovale Form haben und die Abkürzung CE, EC, EF, EG, EK, EO, EY, ES, EÜ, EK, EB, EZ oder WE enthalten.“

2. 32004 R 0854: Verordnung (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 206):

(a) In Anhang I Abschnitt I Kapitel III Nummer 3 Buchstabe a erhält Absatz 2 folgende Fassung:

„Die Codes für die Mitgliedstaaten sind: BE, BG, CZ, DK, DE, EE, GR, ES, FR, HR, IE, IT, CY, LV, LT, LU, HU, MT, NL, AT, PL, PT, SI, SK, FI, RO, SE und UK.“

(b) In Anhang I Abschnitt I Kapitel III Nummer 3 Buchstabe c erhält der erste Unterabsatz folgende Fassung:

„Wenn das Kennzeichen in einem Betrieb in der Gemeinschaft angebracht wird, muss es eine ovale Form haben und die Abkürzung CE, EC, EF, EG, EK, EO, EY, ES, EÜ, EK, EB, EZ oder WE enthalten.“

3. 32004 R 0882: Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1):

Anhang I erhält folgende Fassung:

„ANHANG I

GEBIETE IM SINNE DES ARTIKELS 2 NUMMER 15

1. Das Gebiet des Königreichs Belgien
2. Das Gebiet der Republik Bulgarien
3. Das Gebiet der Tschechischen Republik
4. Das Gebiet des Königreichs Dänemark, mit Ausnahme der Färöer und Grönlands
5. Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
6. Das Gebiet der Republik Estland
7. Das Gebiet Irlands
8. Das Gebiet der Hellenischen Republik
9. Das Gebiet des Königreichs Spanien, mit Ausnahme von Ceuta und Melilla
10. Das Gebiet der Französischen Republik
11. Das Gebiet der Republik Kroatien
12. Das Gebiet der Italienischen Republik
13. Das Gebiet der Republik Zypern
14. Das Gebiet der Republik Lettland
15. Das Gebiet der Republik Litauen
16. Das Gebiet des Großherzogtums Luxemburg
17. Das Gebiet der Republik Ungarn
18. Das Gebiet der Republik Malta
19. Das Gebiet des Königreichs der Niederlande in Europa
20. Das Gebiet der Republik Österreich
21. Das Gebiet der Republik Polen
22. Das Gebiet der Portugiesischen Republik
23. Das Gebiet Rumäniens
24. Das Gebiet der Republik Slowenien

25. Das Gebiet der Slowakischen Republik
26. Das Gebiet der Republik Finnland
27. Das Gebiet des Königreichs Schweden
28. Das Gebiet des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland⁶.

B. VETERINÄRRECHT

1. 32000 R 1760: 32000 R 1760: Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 1):
 - (a) In Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird nach dem dritten Satz folgender Satz eingefügt:

„Alle Tiere eines Betriebs in Kroatien, die bis zum Tag des Beitritts geboren werden oder nach diesem Tag für den innergemeinschaftlichen Handel bestimmt sind, sind mit von der zuständigen Behörde zugelassenen Ohrmarken an beiden Ohren zu kennzeichnen.“
 - (b) In Artikel 4 Absatz 2 wird nach Unterabsatz 5 folgender Unterabsatz angefügt:

„Kein Tier, das in Kroatien nach dem Beitritt geboren wird, darf aus einem Betrieb verbracht werden, wenn es nicht gemäß den Bestimmungen dieses Artikels gekennzeichnet ist.“
 - (c) In Artikel 6 Absatz 1 wird nach Unterabsatz 3 folgender Unterabsatz angefügt:

„Die zuständige Behörde in Kroatien stellt ab dem Tag des Beitritts für jedes Tier, das nach Artikel 4 gekennzeichnet werden muss, binnen 14 Tagen nach Anzeige seiner Geburt bzw. bei aus Drittländern eingeführten Tieren binnen 14 Tagen nach Mitteilung der Neukennzeichnung durch den betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 4 Absatz 3 einen Pass aus.“
 - (d) In Artikel 20 wird folgender Satz angefügt:

„Kroatien benennt diese Behörde(n) spätestens drei Monate nach dem Tag des Beitritts.“
2. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1):

In Anhang X Kapitel A Nummer 3 wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes in die Liste eingefügt:

„Kroatien: Hrvatski veterinarski institut
Savska cesta 143
10.000 Zagreb“
3. 32003 R 0998: 32003 R 0998: Verordnung (EG) Nr. 998/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Veterinärbedingungen für die

Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Änderung der Richtlinie 92/65/EWG des Rates (ABl. L 146 vom 13.6.2003, S. 1):

In Anhang II Teil B Abschnitt 2 wird folgender Eintrag gestrichen:

„HR Kroatien“.

4. 32003 R 2160: 32003 R 2160: Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Bekämpfung von Salmonellen und bestimmten anderen durch Lebensmittel übertragbaren Zoonoseerregern (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 1):

In Artikel 5 Absatz 7 wird folgender Absatz angefügt:

„Da im Falle Kroatiens der Zeitpunkt für die Übermittlung der nationalen Bekämpfungsprogramme für die übrigen Mitgliedstaaten bereits überschritten wurde, ist der Tag des Beitritts der Stichtag für die Übermittlung.“

5. 32004 R 0021: 32004 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates vom 17. Dezember 2003 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sowie der Richtlinien 92/102/EWG und 64/432/EWG (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 8):
 - (a) In Artikel 4 Absatz 1 und Absatz 4 sowie in Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 8 Absatz 1 werden die Wörter „bzw. im Falle Bulgariens und Rumäniens dem Tag des Beitritts“ durch folgende Wörter ersetzt:

„bzw. im Falle Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens nach dem Tag des Beitritts“.
 - (b) Artikel 8 Absatz 5 werden nach „1. Januar 2008“ folgende Wörter eingefügt:

„bzw. im Falle Kroatiens ab dem Tag des Beitritts“.
 - (c) In Artikel 9 Absatz 3 werden nach „31. Dezember 2009“ folgende Wörter eingefügt:

„bzw. im Falle Kroatiens ab dem Tag des Beitritts“.
 - (d) In den Abschnitten A und B des Anhangs wird in Fußnote 1 nach dem Eintrag für Bulgarien Folgendes eingefügt:

„Kroatien HR 191“.
 - (e) In Abschnitt B Nummer 1 des Anhangs wird nach dem Datum „9. Juli 2005“ Folgendes eingefügt:

„bzw. im Falle Kroatiens ab dem Tag des Beitritts“.
 - (f) In Abschnitt C Nummer 2 des Anhangs wird nach dem Datum „1. Januar 2011“ Folgendes eingefügt:

„bzw. im Falle Kroatiens ab dem Tag des Beitritts“.

6. 32009 D 0470: Entscheidung 2009/470/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. L 155 vom 18.6.2009, S. 30):

In Artikel 27 wird folgender Absatz 12 angefügt:

„12 Die in Absatz 2 genannte Frist ‚30. April‘, die in Absatz 4 genannte Frist ‚15. September‘ und die in Absatz 5 genannte Frist ‚30. November‘ gelten nicht für die von Kroatien 2013 durchzuführenden Programme.“

C. PFLANZENSCHUTZRECHT

1. 32003 D 0017: Entscheidung 2003/17/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Saatgutvermehrungsbeständen in Drittländern und über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem Saatgut (ABl. L 8 vom 14.1.2003, S. 10):

In Anhang I wird der Eintrag für Kroatien gestrichen.

2. 32005 D 0834: Entscheidung 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 über die Gleichstellung von in Drittländern durchgeführten Kontrollen von Erhaltungszüchtungen und zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51, und ABl. L 175M vom 29.6.2006, S. 90):

(a) Im Anhang wird der Eintrag für Kroatien gestrichen.

(b) In der Fußnote des Anhangs wird folgender Eintrag gestrichen:

„HR — Kroatien,“.

3. 32006 D 0545: Entscheidung 2006/545/EG des Rates vom 18. Juli 2006 über die Gleichstellung der amtlichen Sortenprüfung in Kroatien (ABl. L 215 vom 5.8.2006, S. 28):

Die Entscheidung 2006/545/EG des Rates wird aufgehoben.

4. 32008 D 0971: Entscheidung 2008/971/EG des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 83):

(a) In Anhang I wird der Eintrag für Kroatien (HV) gestrichen.

(b) In der Fußnote des Anhangs I wird folgender Eintrag gestrichen:

„HV — Kroatien,“.

7. VERKEHRSPOLITIK

A. LANDVERKEHR

31970 R 1108: Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 des Rates vom 4. Juni 1970 zur Einführung einer Buchführung über die Ausgaben für die Verkehrswege des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 130 vom 15.6.1970, S. 4):

Anhang II wird wie folgt geändert:

- (a) Unter der Überschrift „A.1. EISENBAHNEN — Hauptnetze“ wird Folgendes eingefügt:

„Republik Kroatien

HŽ Infrastruktura d.o.o.“

- (b) Unter der Überschrift „B. STRASSE“ wird Folgendes eingefügt:

„Republik Kroatien

1. Autoceste

2. Državne ceste

3. Županijske ceste

4. Lokalne ceste“

B. STRASSENVERKEHR

1. 31985 R 3821: Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über das Kontrollgerät im Straßenverkehr (ABl. L 370 vom 31.12.1985, S. 8):

- (a) In Anhang I B Teil IV Nummer 1 erhält Absatz 3 folgende Fassung:

„dieselben Wörter in den anderen Gemeinschaftssprachen als grafischen Hintergrund der Karte

BG	КАРТА НА ВОДАЧА	КОНТРОЛНА КАРТА	КАРТАЗА МОНТАЖ И НАСТРОЙКИ	КАРТА НА ПРЕВОЗВАЧА
ES	TARJETA DEL CONDUCTOR	TARJETA DE CONTROL	TARJETA DEL CENTRO DE ENSAYO	TARJETA DE LA EMPRESA
CS	KARTA ŘIDIČE	KONTROLNÍ KARTA	KARTA DÍLNÝ	KARTA PODNIKU
DA	FØRERKORT	KONTROLKORT	VÆRKSTEDSKORT	VIRKSOMHEDSKORT
DE	FAHRERKARTE	KONTROLLKARTE	WERKSTATTKARTE	UNTERNEHMENSKARTE
ET	AUTOJUHI KAART	KONTROLLIJA KAART	TÖÖKOJA KAART	TÖÖANDJA KAART
EL	ΚΑΡΤΑ ΟΔΗΓΟΥ	ΚΑΡΤΑ ΕΛΕΓΧΟΥ	ΚΑΡΤΑ ΚΕΝΤΡΟΥ ΔΟΚΙΜΩΝ	ΚΑΡΤΑ ΕΠΙΧΕΙΡΗΣΗΣ
EN	DRIVER CARD	CONTROL CARD	WORKSHOP CARD	COMPANY CARD
FR	CARTE DE CONDUCTEUR	CARTE DE CONTROLEUR	CARTE D'ATELIER	CARTE D'ENTREPRISE
HR	KARTICA VOZAČA	NADZORNA KARTICA	KARTICA RADIONICE	KARTICA PRIJEVOZNIKA
GA	CÁRTA TIOMÁNAÍ	CÁRTA STIÚRTHA	CÁRTA CEARDLAINNE	CÁRTA COMHLACHTA
IT	CARTA DEL CONDUCENTE	CARTA DI CONTROLLO	CARTA DELL'OFFICINA	CARTA DELL'AZIENDA
LV	VADĪTĀJA KARTE	KONTROLKARTE	DARBNĪCAS KARTE	UZŅĒMUMA KARTE
LT	VAIRUOTOJO KORTELĖ	KONTROLĖS KORTELĖ	DIRBTUVĖS KORTELĖ	ĮMONĖS KORTELĖ

HU	GÉPJÁRMŰVEZETŐI KÁRTYA	ELLENŐRI KÁRTYA	MŰHELYKÁRTYA	ÜZEMBENTARTÓI KÁRTYA
MT	KARTA TAS-SEWWIEQ	KARTA TAL-KONTROLL	KARTA TAL-ISTAZZJON TAT-TESTIJJET	KARTA TAL-KUMPAJNIJA
NL	BESTUURDERS KAART	CONTROLEKAART	WERKPLAATSKAART	BEDRIJFSKAART
PL	KARTA KIEROWCY	KARTA KONTROLNA	KARTA WARSZTATOWA	KARTA PRZEDSIĘBIORSTWA
PT	CARTÃO DE CONDUTOR	CARTÃO DE CONTROLO	CARTÃO DO CENTRO DE ENSAIO	CARTÃO DE EMPRESA
RO	CARTELA CONDUCĂTORULUI AUTO	CARTELA DE CONTROL	CARTELA AGENTULUI ECONOMIC AUTORIZAT	CARTELA OPERATORULUI DE TRANSPORT
SK	KARTA VODIČA	KONTROLNÁ KARTA	DIELENSKÁ KARTA	PODNIKOVÁ KARTA
SL	VOZNIKOVA KARTICA	KONTROLNA KARTICA	KARTICA PREIZKUŠEVALIŠČA	KARTICA PODJETJA
FI	KULJETTAJAKORTTI	VALVONTAKORTTI	KORJAAMOKORTTI	YRITYSKORTTI
SV	FÖRARKORT	KONTROLLKORT	VERKSTADSKORT	FÖRETAGSKORT

(b) In Anhang I B Teil IV Nummer 1 erhält Absatz 5 folgende Fassung:

„das Unterscheidungszeichen des ausstellenden Mitgliedstaats, im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen; die Unterscheidungszeichen sind wie folgt:

B:	Belgien
BG:	Bulgarien
CZ:	Tschechische Republik
DK:	Dänemark
D:	Deutschland
EST:	Estland
GR:	Griechenland
E:	Spanien
F:	Frankreich
HR:	Kroatien
IRL :	Irland
I:	Italien
CY:	Zypern
LV:	Lettland
LT:	Litauen
L:	Luxemburg
H:	Ungarn
M:	Malta:
NL:	Niederlande
A:	Österreich
PL:	Polen
P:	Portugal
RO:	Rumänien
SLO :	Slowenien

SK: Slowakei
FIN : Finnland
S: Schweden
UK: Vereinigtes Königreich".

(c) In Anhang II Abschnitt I Nummer 1 wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„Kroatien 25,“.

2. 32009 R 1071: Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 51):

In Anhang III erhält Fußnote 1 folgende Fassung:

„⁽¹⁾ Nationalitätskennzeichen der Mitgliedstaaten: (B) Belgien, (BG) Bulgarien, (CZ) Tschechische Republik, (DK) Dänemark, (D) Deutschland, (EST) Estland, (IRL) Irland, (GR) Griechenland, (E) Spanien, (F) Frankreich, (HR) Kroatien, (IRL) Irland, (I) Italien, (CY) Zypern, (LV) Lettland, (LT) Litauen, (L) Luxemburg, (H) Ungarn, (M) Malta, (NL) Niederlande, (A) Österreich, (PL) Polen, (P) Portugal, (RO) Rumänien, (SLO) Slowenien, (SK)Slowakei, (FIN) Finnland, (S) Schweden, (UK) Vereinigtes Königreich.“

3. 32009 R 1072: Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 72):

(a) In Anhang II erhält Fußnote 1 folgende Fassung:

„⁽¹⁾ Nationalitätskennzeichen der Mitgliedstaaten: (B) Belgien, (BG) Bulgarien, (CZ) Tschechische Republik, (DK) Dänemark, (D) Deutschland, (EST) Estland, (IRL) Irland, (GR) Griechenland, (E) Spanien, (F) Frankreich, (HR) Kroatien, (IRL) Irland, (I) Italien, (CY) Zypern, (LV) Lettland, (LT) Litauen, (L) Luxemburg, (H) Ungarn, (M) Malta, (NL) Niederlande, (A) Österreich, (PL) Polen, (P) Portugal, (RO) Rumänien, (SLO) Slowenien, (SK)Slowakei, (FIN) Finnland, (S) Schweden, (UK) Vereinigtes Königreich.“

(b) In Anhang III erhält Fußnote 1 folgende Fassung:

„⁽¹⁾ Nationalitätskennzeichen der Mitgliedstaaten: (B) Belgien, (BG) Bulgarien, (CZ) Tschechische Republik, (DK) Dänemark, (D) Deutschland, (EST) Estland, (IRL) Irland, (GR) Griechenland, (E) Spanien, (F) Frankreich, (HR) Kroatien, (IRL) Irland, (I) Italien, (CY) Zypern, (LV) Lettland, (LT) Litauen, (L) Luxemburg, (H) Ungarn, (M) Malta, (NL) Niederlande, (A) Österreich, (PL) Polen, (P) Portugal, (RO) Rumänien, (SLO) Slowenien, (SK)Slowakei, (FIN) Finnland, (S) Schweden, (UK) Vereinigtes Königreich.“

4. 32009 R 1073: Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 88):

In Anhang II erhält Fußnote 1 folgende Fassung:

„⁽¹⁾ Nationalitätskennzeichen der Mitgliedstaaten: (B) Belgien, (BG) Bulgarien, (CZ) Tschechische Republik, (DK) Dänemark, (D) Deutschland, (EST) Estland, (IRL) Irland, (GR) Griechenland, (E) Spanien, (F) Frankreich, (HR) Kroatien, (IRL) Irland, (I) Italien, (CY) Zypern, (LV) Lettland, (LT) Litauen, (L) Luxemburg, (H) Ungarn, (M) Malta, (NL) Niederlande, (A) Österreich, (PL) Polen, (P) Portugal, (RO) Rumänien, (SLO) Slowenien, (SK) Slowakei, (FIN) Finnland, (S) Schweden, (UK) Vereinigtes Königreich.“

C. SCHIENENVERKEHR

- 31969 R 1192: Verordnung (EWG) Nr. 1192/69 des Rates vom 26. Juni 1969 über gemeinsame Regeln für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (ABl. L 156 vom 28.6.1969, S. 8):

In Artikel 3 Absatz 1 wird Folgendes angefügt:

„— HŽ Infrastruktura d.o.o.,

HŽ Putnički prijevoz d.o.o.,

HŽ Cargo d.o.o.“

D. SEEVERKEHR

1. 32012 D 0022: Beschluss 2012/22/EU des Rates vom 12. Dezember 2011 über den Beitritt der Europäischen Union zum Protokoll von 2002 zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See, mit Ausnahme der Artikel 10 und 11 (ABl. L 8 vom 12.1.2012, S.1):

In Artikel 2 Absatz 2 erhält Ziffer 2 folgende Fassung:

„2. Mitglieder der Europäischen Union sind derzeit das Königreich Belgien, die Republik Bulgarien, die Tschechische Republik, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Estland, Irland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, die Republik Kroatien, die Italienische Republik, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, das Großherzogtum Luxemburg, die Republik Ungarn, Malta, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, Rumänien, die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.“

2. 32012 D 0023: Beschluss 2012/23/EU des Rates vom 12. Dezember 2011 über den Beitritt der Europäischen Union zum Protokoll von 2002 zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See, in Bezug auf Artikel 10 und 11 (ABl. L 8 vom 12.1.2012, S.13):

In Artikel 2 Absatz 3 erhält Ziffer 1 folgende Fassung:

„1. Gerichtliche Entscheidungen über die unter das Athener Protokoll von 2002 zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See fallenden Angelegenheiten, die von einem Gericht des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Tschechischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irlands, der Hellenischen Republik, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, der Republik Kroatien, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, des Großherzogtums Luxemburg, der Republik Ungarn, Maltas, des Königreichs der Niederlande, der Republik Österreich, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland, des Königreichs Schweden sowie des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erlassen worden sind, werden in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union im Einklang mit den jeweiligen Vorschriften der Europäischen Union auf diesem Gebiet anerkannt und vollstreckt.“

8. ENERGIE

1. 32006 D 1364: Entscheidung Nr. 1364/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 96/391/EG und der Entscheidung Nr. 1229/2003/EG (ABl. L 262 vom 22.9.2006, S.1):
 - (a) In Anhang II wird im Abschnitt „Elektrizitätsnetze“ Unterabschnitt 2 „Ausbau des für das Funktionieren des Binnenmarkts und zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Betriebs der Stromnetze erforderlichen Stromverbunds zwischen den Mitgliedstaaten:“ nach dem Eintrag „Ungarn – Österreich“ Folgendes eingefügt:

„Ungarn – Kroatien“.
 - (b) In Anhang II wird im Abschnitt „Elektrizitätsnetze“ Unterabschnitt 4 „Aufbau des Stromverbundes mit den Nichtmitgliedstaaten, insbesondere mit den beitrittswilligen Ländern, um die Interoperabilität, die Zuverlässigkeit und die Betriebssicherheit der Stromnetze oder die Stromversorgung innerhalb der Gemeinschaft zu gewährleisten:“ der Eintrag „Ungarn – Kroatien“ gestrichen.
 - (c) In Anhang III wird im Abschnitt „Elektrizitätsnetze“ nach dem Eintrag „3.85. Neue Verbindungen zu Windkraftanlagen auf Malta (MT)“ Folgendes eingefügt:

„3.86. Pécs (HU)-Ernestinovo (HR)“
 - (d) In Anhang III werden im Abschnitt „Elektrizitätsnetze“ die Einträge „4.7 Transformatorstation Ernestinovo (Kroatien) und Verbindungsleitungen“ und „4.31 Pécs (HU) – Ernestinovo (HR)“ gestrichen.
2. 32008 D 0114: Beschluss 2008/114/EG, Euratom des Rates vom 12. Februar 2008 über die Satzung der Euratom-Versorgungsagentur (ABl. L 41 vom 15.2.2008, S. 15):
 - (a) Artikel 9 Absatz 1 des Anhangs erhält folgende Fassung:

„1. Das Kapital der Agentur beträgt 5 856 000 EUR.“

- (b) Im Anhang wird in Artikel 9 Absatz 2 nach dem Eintrag für Frankreich folgender Eintrag in der Tabelle eingefügt:

„Kroatien	EUR	32 000“
-----------	-----	---------

- (c) Im Anhang wird in Artikel 11 Absatz 1 nach dem Eintrag für Frankreich folgender Eintrag in der Liste eingefügt:

„Kroatien	2 Mitglieder“
-----------	---------------

9. STEUERN

1. 32010 R 0904: Verordnung (EU) Nr. 904/2010 des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (ABl. L 268 vom 12.10.2010, S. 1):

In Artikel 3 wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

„Kroatien teilt der Kommission bis spätestens 1. Juli 2013 mit, welches seine zuständige Behörde für die Zwecke dieser Verordnung ist, und setzt die Kommission von nachfolgenden Änderungen im Einklang mit Absatz 2 in Kenntnis.“

2. 32012R0389: Verordnung (EU) Nr. 389/2012 des Rates vom 2. Mai 2012 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern und zur Aufhebung von Verordnung (EG) Nr. 2073/2004 (ABl. L 121 vom 8.5.2012, S. 1).

In Artikel 3 Absatz 1 wird Folgendes angefügt:

„Kroatien teilt der Kommission bis 1. Juli 2013 mit, welches seine zuständige Behörde ist.“

10. STATISTIK

1. 31987 R 2658: Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1):

In Anhang I Kapitel 98 wird in der Tabelle nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes in die jeweiligen Spalten eingefügt:

„Kroatien	Ministarstvo financija Carinska uprava Alexandera von Humboldta 4a 10000 Zagreb Državni zavod za statistiku Ilica 3
-----------	--

	10000 Zagreb“
--	---------------

2. 31996 R 2223: Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1):

(a) In Anhang B wird im Abschnitt „Datenübermittlung“ unter Ziffer 6 Buchstabe a Folgendes angefügt:

„– 2000 (2000 Q1 für vierteljährliche Daten) für Kroatien;“

(b) In Anhang B wird im Abschnitt „Ausnahmen nach Mitgliedstaaten“ zwischen den Einträgen für Frankreich und Irland folgende Tabelle für Kroatien eingefügt:

„10a. KROATIEN

10a.1 Ausnahmen für die Tabellen

Tabelle Nr.	Variable/Position	Ausnahmeregelung	Von der Ausnahme abgedeckter Zeitraum	Erste Übermittlung
1	Alle Variablen/Positionen	Rückrechnungen für die Jahre vor 1995	Vor 1995	Nicht zu übermitteln
2	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2001	1995-2001	Nicht zu übermitteln
2	Alle Variablen/Positionen außer K.2	Jahre 2002-2009	2002-2009	2012
3	Alle Variablen/Positionen	Rückrechnungen für die Jahre vor 1999	1995-1999	Nicht zu übermitteln
3	Alle Variablen außer P.1, P.2, B.1g und D.1	Jahre 2000-2012	2000-2012	2014

6	Alle Variablen	Jahre 1995-2001	1995-2001	Nicht zu übermitteln
7	Alle Variablen	Jahre 1995-2000	1995-2000	Nicht zu übermitteln
8	Alle Variablen/Positionen - jährlich	Jahre 1995-2001	1995-2001	Nicht zu übermitteln
8	Alle Variablen/Positionen (außer Untergliederung von S.2) außer K.2	Jahre 2002-2009	2002-2009	2012
9	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2001	1995-2001	Nicht zu übermitteln
		Jahre 2002-2009	2002-2009	2012
10	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-1999	1995-1999	Nicht zu übermitteln
11	Alle Variablen	Jahre 1995-2001	1995-2001	Nicht zu übermitteln
11	Alle Variablen außer K.2	Jahre 2002-2009	2002-2009	2012
12	Alle Variablen	Jahre 1995-1999	1995-1999	Nicht zu übermitteln
13	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2009	1995-2009	Nicht zu übermitteln
		Jahre 2010-2011	2010-2011	2015

15	Alle Variablen/Positionen, jeweilige Preise	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2015
15	Alle Variablen/Positionen, konstante Preise	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2015
16	Alle Variablen/Positionen, jeweilige Preise	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2014
16	Alle Variablen/Positionen, konstante Preise	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2015
17	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2016
18	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2016
19	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2004 Jahre 2005-2009	1995-2004 2005-2009	Nicht zu übermitteln 2016

22	Alle Variablen/Positionen	Jahre 1995-2004	1995-2004	Nicht zu übermitteln 2016
		Jahre 2005-2009	2005-2009	
26	Alle Variablen/Positionen	Jahre 2000-2012	2000-2012	2017
		Jahre 1995-1999	1995-1999	Nicht zu übermitteln

10a.2 Ausnahmen für einzelne Variablen/Positionen in den Tabellen

Tabelle Nr.	Variable/Position	Ausnahmeregelung	Von der Ausnahme abgedeckter Zeitraum	Erste Übermittlung
1	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern (K.2) - jährlich	Jahre 1995-2010	1995-2010	2012
1	Nettozugang an Wertsachen – jährlich	Jahre 1995-2009	1995-2009	Nicht zu übermitteln 2015
		Jahre 2010-2014	2010-2014	
1	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (D.8) - jährlich	Jahre 2002-2009	2002-2009	2012

1	Vermögenstransfers aus der/an die übrige Welt (D.9) - jährlich	Jahre 2002-2009	2002-2009	2012
1	Exporte und Importe, geografische Untergliederung - jährlich	Jahre 2010-2011	2010-2011	2012
1	Bruttoanlageinvestitionen nach Anlagearten - jährlich	Jahre 1995-2012	1995-2012	2014
1	Konsumausgaben der privaten Haushalte; Untergliederung nach Dauerhaftigkeit - jährlich	Jahre 1995-2014	1995-2014	2015
1	Finanzierungssaldo (B.9) - jährlich	Jahre 1995-2009	1995-2009	2012
1	Sparen, netto (B.8n) - jährlich	Jahre 1995-2009	1995-2009	2012
1	Untergliederung nach Gütersteuern (D.21) und Gütersubventionen (D.31) - jährlich	Jahre 1995-2008	1995-2008	2012
1	Arbeitnehmerentgelt (D.1) nach Wirtschaftsbereichen - jährlich	Jahre 1995-2008	1995-2008	2012
1	Bruttolöhne und -gehälter (D.11) nach Wirtschaftsbereichen - jährlich	Jahre 1995-2008	1995-2008	2012
1	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern (K.2) - vierteljährlich	Jahre 2000-2011	2000-2011	Nicht zu übermitteln

1	Nettozugang an Wertsachen – vierteljährlich	Jahre 2000-2011 Jahre 2012-2014	2000-2011 2012-2014	Nicht zu übermitteln 2015
1	Individualkonsum - vierteljährlich	Jahre 2000-2011 Jahre 2012-2014	2000-2011 2012-2014	Nicht zu übermitteln 2015
1	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (D.8) - vierteljährlich	Jahre 2000-2011	2000-2011	Nicht zu übermitteln
1	Vermögenstransfers aus der/an die übrige Welt (D.9) - vierteljährlich	Jahre 2000-2011	2000-2011	Nicht zu übermitteln
1	Warenexporte - vierteljährlich	Jahre 2000-2012	2000-2012	2013
1	Dienstleistungsexporte - vierteljährlich	Jahre 2000-2012	2000-2012	2013
1	Staat - Individual- und Kollektivverbrauch - vierteljährlich	Jahre 2000-2011 Jahre 2012-2014	2000-2011 2012-2014	Nicht zu übermitteln 2015
1	Bruttoanlageinvestitionen nach Anlagearten - vierteljährlich	Jahre 2000-2011 Jahre 2012-2014	2000-2011 2012-2014	Nicht zu übermitteln 2015

1	Konsumausgaben der privaten Haushalte; Untergliederung nach Dauerhaftigkeit - vierteljährlich	Jahre 2000-2011 Jahre 2012-2014	2000-2011 2012-2014	Nicht zu übermitteln 2015
1	Warenimporte - vierteljährlich	Jahre 2000-2012	2000-2012	2013
1	Dienstleistungsimporte - vierteljährlich	Jahre 2000-2012	2000-2012	2013
1	Finanzierungssaldo (B.9) - vierteljährlich	Jahre 2000-2011	2000-2011	Nicht zu übermitteln
1	Sparen, netto (B.8n) - vierteljährlich	Jahre 2000-2011	2000-2011	Nicht zu übermitteln
1	Arbeitnehmerentgelt (D.1) nach Wirtschaftsbereichen - vierteljährlich	Jahre 2000-2008	2000-2008	2012
1	Bruttolöhne und -gehälter (D.11) nach Wirtschaftsbereichen - vierteljährlich	Jahre 2000-2008	2000-2008	2012
2	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern (K.2)	Jahre 2002-2013	2002-2013	2015
3	P.1, P.2, B.1g und D.1	Jahre 2000-2008	2000-2008	2012
3	Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen - jährlich	Jahre 1995-1999 Jahre 2000-2012	1995-1999 2000-2012	Nicht zu übermitteln 2014
3	Untergliederung nach Büromaschinen (AN.111321) und Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (AN.111322)	Jahre 1995-2012	1995-2012	Nicht zu übermitteln

6	Sonstige reale Vermögensänderungen, konsolidiert und nichtkonsolidiert, alle Positionen	Jahre 2002-2009 Jahr 2010 Jahr 2011 Jahr 2012	2002-2009	Nicht zu übermitteln T + 21 Monate T + 18 Monate T + 9 Monate
6	Umbewertung von Finanzinstrumenten, konsolidiert und nichtkonsolidiert, alle Positionen	Jahre 2002-2009 Jahr 2010 Jahr 2011 Jahr 2012	2002-2009	Nicht zu übermitteln T + 21 Monate T + 18 Monate T + 9 Monate
8	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern (K.2) - jährlich	Jahre 2002-2013	2002-2013	2015

10	Erwerbseinkommen	Jahre 2000-2008	2000-2008	2014
10	Arbeitnehmerhaushalte	Jahre 2000-2012	2000-2012	2014
10	Erwerbstätigkeit in 1000 geleisteten Arbeitsstunden	Jahre 2000-2012	2000-2012	2014
10	Insgesamt	Jahre 2000-2012	2000-2012	2014
11	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern (K.2)	Jahre 1995-2001	1995-2001	Nicht zu übermitteln
		Jahre 2002-2013	2002-2013	2015
20	Anlagevermögen: Untergliederung AN_F6+	Jahre 1995-1999	1995-1999	Nicht zu übermitteln
		Jahre 2000-2012	2000-2012	2015
20	Untergliederung nach Büromaschinen (AN.111321) und Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (AN.111322)	Jahre 2001-2012	2001-2012	Nicht zu übermitteln

,

3. 32002 R 1221: Verordnung (EG) Nr. 1221/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 über die vierteljährlichen Konten des Staates für nichtfinanzielle Transaktionen (ABl. L 179 vom 9.7.2002, S. 1):

(a) In Artikel 5 Absatz 2 wird zwischen Unterabsatz 1 und Unterabsatz 2 folgender Unterabsatz eingefügt:

„Für die Republik Kroatien umfasst die erste Übermittlung vierteljährlicher Daten die Daten ab dem ersten Quartal 2012. Die Republik Kroatien übermittelt diese Daten spätestens bis zum Ende des ersten Quartals nach dem Datum des Beitritts.“

(b) In Artikel 6 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Die Republik Kroatien übermittelt der Kommission (Eurostat) ab dem ersten Quartal 2002 vierteljährliche retrospektive Daten für die in Artikel 3 genannten Positionen.“

(c) In Artikel 6 Absatz 2 wird zwischen Unterabsatz 1 und Unterabsatz 2 folgender Unterabsatz eingefügt:

„Die Republik Kroatien übermittelt der Kommission (Eurostat) spätestens Ende Dezember 2015 vierteljährliche Daten für die Zeit vom ersten Quartal 2002 bis zum vierten Quartal 2011.“

4. 32003 R 0437: R 0437: Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr (ABl. L 66 vom 11.3.2003, S. 1):

In Anhang I Abschnitt „Codes“ wird unter Nummer 1 „Meldeland“ Folgendes nach dem Eintrag für Frankreich eingefügt:

„Kroatien LD“.

5. 32003 R 1059: Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1):

(a) In Anhang I wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

»

HRVATSKA			
Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
HR0	HRVATSKA		
HR03		Jadranska Hrvatska	
HR031			Primorsko-goranska županija
HR032			Ličko-senjska županija
HR033			Zadarska županija
HR034			Šibensko-kninska županija
HR035			Splitsko-dalmatinska županija
HR036			Istarska županija
HR037			Dubrovačko-neretvanska županija
HR04		Kontinentalna Hrvatska	
HR041			Grad Zagreb
HR042			Zagrebačka županija
HR043			Krapinsko-zagorska županija
HR044			Varaždinska županija
HR045			Koprivničko-križevačka županija
HR046			Međimurska županija
HR047			Bjelovarsko-bilogorska županija
HR048			Virovitičko-podravska županija
HR049			Požeško-slavonska županija
HR04A			Brodsko-posavska županija

HR04B			Osječko-baranjska županija
HR04C			Vukovarsko-srijemska županija
HR04D			Karlovačka županija
HR04E			Sisačko-moslavačka županija
HRZ	EXTRA-REGIO NUTS 1		
HRZZ		Extra-Regio NUTS 2	
HRZZZ			Extra-Regio NUTS 3

”

- (b) In Anhang II wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes in die Liste der bestehenden Verwaltungseinheiten der NUTS-Ebene 3 eingefügt:

„für Kroatien ‚Županije,““

- (c) In Anhang III wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes eingefügt:

„für Kroatien ‚Gradovi, općine,““.

6. 32003 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 1): Die Tabelle in Anhang II erhält folgende Fassung:

- (a) Nach den Angaben für Frankreich wird Folgendes eingefügt:

„Kroatien	4250	3250	9250	7000“
-----------	------	------	------	-------

- (b) Die Zeile "EU-Mitgliedstaaten insgesamt" erhält folgende Fassung:

"EU-Mitgliedstaaten insgesamt	135 000	101 500	282 150	210 850“
--------------------------------------	----------------	----------------	----------------	-----------------

- (c) Die Zeile „EU + Island und Norwegen insgesamt“ erhält folgende Fassung:

„EU + Island und Norwegen insgesamt	141 000	105 950	292 150	218 300“
--	----------------	----------------	----------------	-----------------

7. 32004 R 0501: Verordnung (EG) Nr. 501/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10 März 2004 über die vierteljährlichen Finanzkonten des Staates (ABl. L 81 vom 19.03.2004, S. 1):

(a) In Artikel 6 wird folgender Absatz angefügt:

„5. Für die Republik Kroatien umfasst die erste Übermittlung vierteljährlicher Daten gemäß den Artikeln 3, 4 und 5 die Daten ab dem ersten Quartal 2012. Die Republik Kroatien übermittelt diese Daten spätestens bis zum Ende des ersten Quartals nach dem Datum des Beitritts.“

(b) In Artikel 7 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Die Republik Kroatien übermittelt der Kommission (Eurostat) spätestens Ende Dezember 2015 retrospektive Daten für die Jahre 2002-2011 in Bezug auf alle vierteljährlichen Variablen und Positionen gemäß Artikel 6.“

8. 32004 R 1222: Verordnung (EG) Nr. 1222/2004 des Rates vom 28. Juni 2004 über die Erhebung und Übermittlung von Daten zum vierteljährlichen öffentlichen Schuldenstand (ABl. L 233 vom 2.7.2004, S. 1, und ABl. L 333 M vom 11.12.2008, S. 1):

(a) In Artikel 2 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„In Bezug auf die Republik Kroatien betrifft die erste Übermittlung der Daten zum vierteljährlichen öffentlichen Schuldenstand die Daten ab dem ersten Quartal 2012; die Übermittlung erfolgt bis zum Ende des ersten Quartals nach dem Tag des Beitritts.“

(b) In Artikel 3 wird folgender Absatz angefügt:

„Die Republik Kroatien übermittelt bis Ende Dezember 2015 Rückrechnungen ab dem ersten Quartal 2002 bis zum vierten Quartal 2011.“

9. 32005 R 1161: Verordnung (EG) Nr. 1161/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6 Juli 2005 über die Erstellung von vierteljährlichen nichtfinanziellen Sektorkonten (ABl. L 191 vom 22.07.2005, S. 22):

In Artikel 2 Absatz 5 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„In Bezug auf die Republik Kroatien betrifft die erste Übermittlung vierteljährlicher Daten die Daten für das dritte Quartal 2014. Die Republik Kroatien übermittelt diese Daten bis spätestens 29. Dezember 2015. Die erste Übermittlung umfasst auch retrospektive Daten für den Zeitraum ab dem ersten Quartal 2012.“

10. 32006 R 1921: Verordnung (EG) Nr. 1921/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 betreffend die Übermittlung von statistischen Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 1):

In Anhang II wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„Kroatien HRV“.

11. 32007 R 0716: Verordnung (EG) Nr. 716/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 17):

- (a) In Anhang III wird unter „Ebene 2-OUT“ folgender Eintrag aus der Tabelle gestrichen:

„HR Kroatien“.

- (b) In Anhang III wird unter „Ebene 2-IN“ zwischen den Einträgen für Frankreich und Italien folgender Eintrag eingefügt:

„HR Kroatien“.

- (c) In Anhang III wird unter „Ebene 3“ nach dem Wort „Kroatien“ Folgendes eingefügt:

„(*)“.

12. 32008 R 0295: Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung) (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 13):

Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„(c) Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern: Mit der CETO-Markierung versehene Daten können für Gruppen und Klassen der NACE Rev. 2 und für die Größenklassengliederung auf Gruppenebene der NACE Rev. 2 übermittelt werden. Höchstens 25 % der Zellen auf Gruppenebene dürfen markiert werden“.

13. 32009 R 0216: Verordnung (EG) Nr. 216/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch Mitgliedstaaten, die in bestimmten Gebieten außerhalb des Nordatlantiks Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 1):

In Anhang VI Abschnitt A Buchstabe c wird zwischen den Einträgen für Griechenland und Ungarn folgender Eintrag eingefügt:

„Kroatien HRV“.

14. 32009 R 0217: Verordnung (EG) Nr. 217/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 42):

- (a) In Anhang V Abschnitt B wird in Anmerkung e zwischen den Einträgen für Griechenland und Ungarn folgender Eintrag eingefügt:

„Kroatien HRV“.

- (b) In Anhang VI Abschnitt A Buchstabe b wird zwischen den Einträgen für Griechenland und Ungarn Folgendes eingefügt:

„Kroatien HRV“.

15. 32009 R 0218: Verordnung (EG) Nr. 218/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten,

die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 70):

In Anhang V Abschnitt A Buchstabe c wird zwischen den Einträgen für Griechenland und Ungarn folgender Eintrag eingefügt:

„Kroatien HRV“.

16. 32011 R 1337: Verordnung (EU) Nr. 1337/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zu europäischen Statistiken über Dauerkulturen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates und der Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 7):

(a) In Anhang II Tabelle 1 erhält Fußnote (a) folgende Fassung:

„Betroffene Mitgliedstaaten mit Untergliederung nach Regionen: BG, CZ, DE, IT, EL, ES, FR, HR, HU, AT, PT, RO, SI und SK.“

(b) In Anhang II Tabelle 4 erhält Fußnote (a) folgende Fassung:

„Betroffene Mitgliedstaaten mit Untergliederung nach Regionen: BG, CZ, DE, IT, EL, ES, FR, HR, HU, AT, PT, RO, SI und SK.“

17. 32012 R 0070: Verordnung (EU) Nr. 70/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2012 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (ABl. L 32 vom 3.2.2012, S. 1):

(a) In Anhang VII Nummer 2 wird in der TABELLE FÜR DIE LÄNDERCODES unter Buchstabe a vor dem Eintrag „Italien IT“ folgender Eintrag eingefügt

„Kroatien HR“.

(b) In Anhang VII Nummer 2 wird in der TABELLE FÜR DIE LÄNDERCODES unter Buchstabe b der Eintrag für Kroatien gestrichen.

11. TRANSEUROPÄISCHE NETZE

TRANSEUROPÄISCHES VERKEHRSNETZ

32010 D 0661: Beschluss Nr. 661/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (ABl. L 204 vom 5.8.2010, S. 1):

Anhang I wird wie folgt geändert:

(a) In der Inhaltsangabe unter „Abschnitt 2: Straßennetz“ wird Folgendes angefügt:

„Kroatien“

(b) In der Inhaltsangabe unter „Abschnitt 3: Eisenbahnnetz“ wird Folgendes angefügt:

„Kroatien“

(c) In der Inhaltsangabe unter „Abschnitt 4: Netz der Binnenwasserstraßen und Binnenhäfen“ wird Folgendes angefügt:

„Kroatien“

(d) In der Inhaltsangabe unter „Abschnitt 5: Seehäfen – Kategorie A“ wird Folgendes angefügt:

„Kroatien“

(e) In der Inhaltsangabe unter „Abschnitt 6: Flughäfen“ wird Folgendes angefügt:

„Kroatien“

(f) Karten:

– In Abschnitt 2 wird die Karte „2.0“ durch folgende Karte ersetzt:



– In Abschnitt 2 wird folgende Karte hinzugefügt:



- In Abschnitt 3 wird die Karte „3.0“ durch folgende Karte ersetzt:

3.0



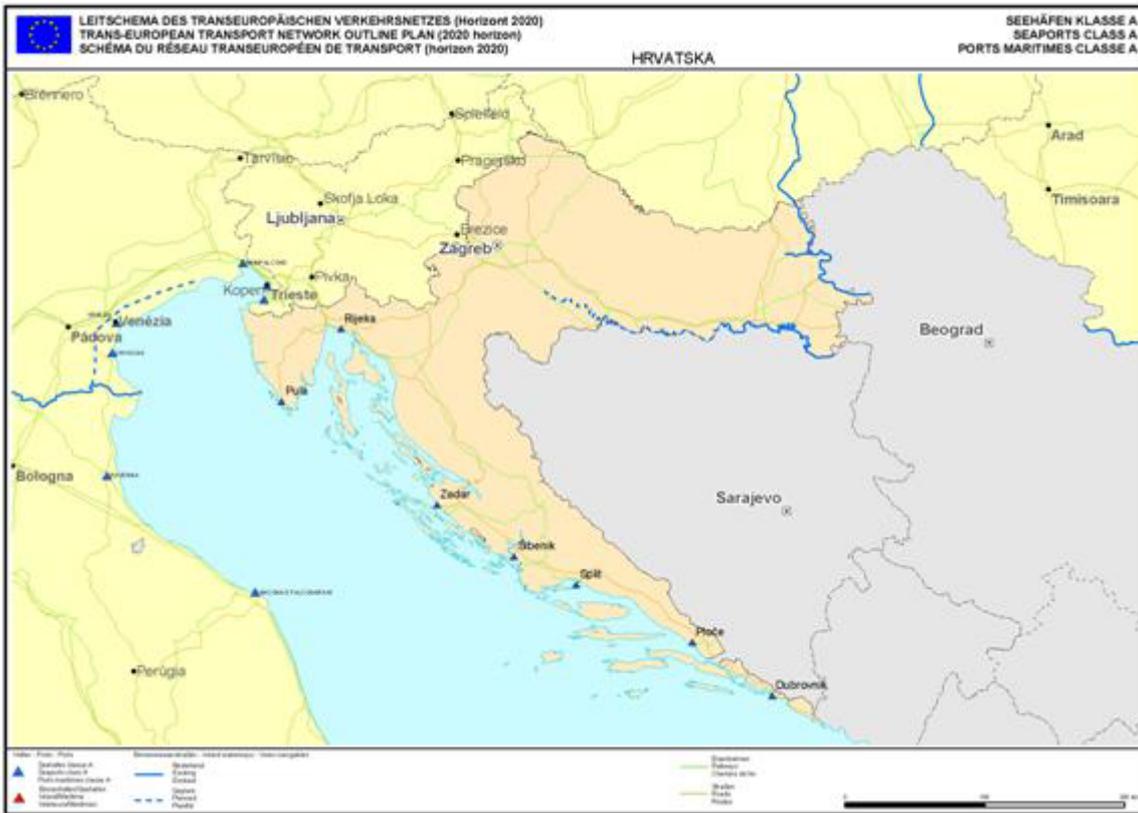
- In Abschnitt 3 wird folgende Karte hinzugefügt:



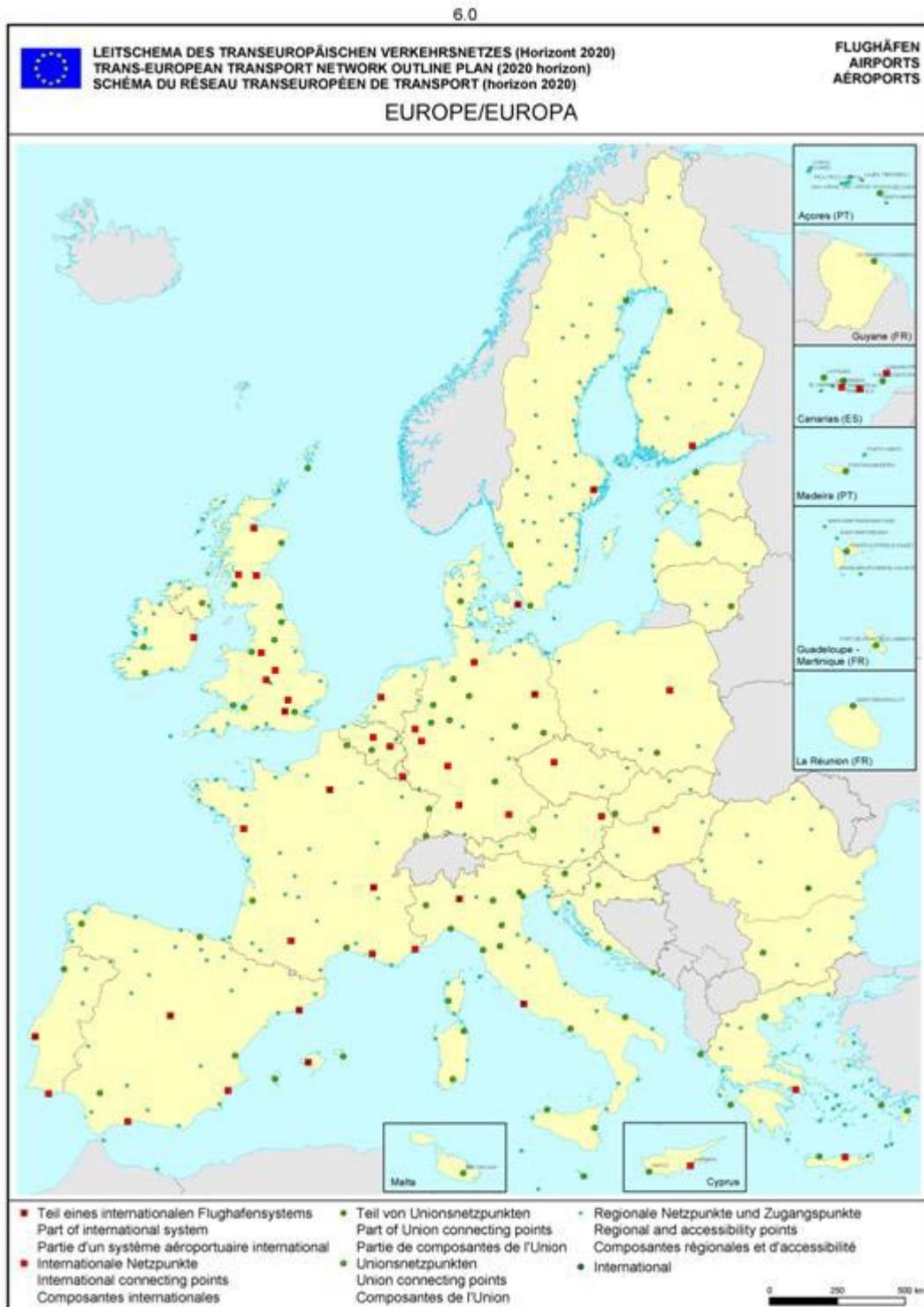
- In Abschnitt 5 wird die Karte „5.0“ durch folgende Karte ersetzt:



– In Abschnitt 5 wird folgende Karte hinzugefügt:



- In Abschnitt 6 wird die Karte „6.0“ durch folgende Karte ersetzt:



- In Abschnitt 6 wird folgende Karte hinzugefügt:



HRVATSKA



- Teil eines internationalen Flughafensystems
Part of international system
Partie d'un système aéroportuaire international
- Internationale Netzpunkte
International connecting points
Composantes internationales

- Teil von Gemeinschaftsnetzpunkten
Part of Community connecting points
Partie de composantes communautaires
- Gemeinschaftsnetzpunkte
Community connecting points
Composantes communautaires

- ★ Regionale Netzpunkte und Zugangspunkte
Regional and accessibility points
Composantes régionales et d'accessibilité



- In Abschnitt 7 wird die Karte „7.1-A“ durch folgende Karte ersetzt:



12. JUSTIZ UND GRUNDRECHTE

RECHTE DER UNIONSÜRGER

1. 41996 D 0409: Beschluss 96/409/GASP der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 25. Juni 1996 zur Ausarbeitung eines Ruckkehrausweises (ABl. L 168 vom 6.7.1996, S. 4):
 - (a) In Anhang I wird nach „ANEXA I“ folgendes angefügt:
„- PRILOG I“.
 - (b) In Anhang I wird nach „UNIUNEA EUROPEANĂ“ Folgendes angefügt:
„EUROPSKA UNIJA“.
 - (c) In Anhang I wird nach "DOCUMENT DE CĂLĂTORIE PROVIZORIU" Folgendes angefügt:
„ŽURNA PUTNA ISPRAVA“.
 - (d) In Anhang I wird nach „GLOSAR“ Folgendes angefügt:
„/KAZALO“.
 - (e) In Anhang I wird nach „(13) Ștampila autorității emitente“ Folgendes angefügt:
„(1) Prezime (2) Ime(na) (3) Datum rođenja (4) Mjesto rođenja (5) Visina (6) Državljanstvo (7) Vlastoručni potpis (8) Za jedno putovanje u – preko (9) Vrijedi do (10) Datum izdavanja (11) RegistarSKI broj (12) Potpis službene osobe (13) Pečat nadležnog tijela“.
 - (f) In Anhang III Nummer 3 wird die Liste nach den Wörtern „wie folgt hinzu:“ durch folgende Liste ersetzt:
„

BELGIQUE/BELGIË	=	B	–	[00000]
Bulgarien	=	BG	–	[00000]
Tschechische Republik	=	CZ	–	[00000]
Dänemark	=	DK	–	[00000]
Deutschland	=	D	–	[00000]
Estland	=	EE	–	[00000]
Griechenland	=	GR	–	[00000]
Spanien	=	E	–	[00000]
Frankreich	=	F	–	[00000]
Kroatien	=	HR	–	[00000]
	=		–	[00000]
Irland	=	IRL	–	[00000]
Italien	=	I	–	[00000]
Zypern	=	CY	–	[00000]
Lettland	=	LV	–	[00000]
Litauen	=	LT	–	[00000]
Luxemburg	=	L	–	[00000]
Hungary	=	HU	–	[00000]
Malta:	=	MT	–	[00000]
Niederlande	=	NL	–	[00000]
Österreich	=	A	–	[00000]
Polen	=	PL	–	[00000]
Polen	=	P	–	[00000]
Rumänien	=	RO	–	[00000]
Slowenien	=	SI	–	[00000]
Slowakei	=	SK	–	[00000]
Finnland	=	FIN	–	[00000]
Schweden	=	S	–	[00000]
Vereinigtes Königreich	=	UK“	–	[00000]

2. 32011 R 0211: Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative (ABl. L 65 vom 11.3.2011, S. 1).

(a) Anhang I erhält folgende Fassung:

„ANHANG I

MINDESTZAHL DER UNTERZEICHNER JE MITGLIEDSTAAT

BELGIQUE/BELGIË	16 500
Bulgarien	13 500
Tschechische Republik	16 500
Dänemark	9 750
Deutschland	74 250
Estland	4 500
Irland	9 000
Griechenland	16 500
Spanien	40 500
Frankreich	55 500
Kroatien	9 000
Italien	54 750
Zypern	4 500
Lettland	6 750
Litauen	9 000
Luxemburg	4 500
Hungary	16 500

Malta:	4 500
Niederlande	19 500
Österreich	14 250
Polen	38 250
Polen	16 500
Rumänien	24 750
Slowenien	6 000
Slowakei	9 750
Finnland	9 750
Schweden	15 000
Vereinigtes Königreich	54 750

“

(b) In Anhang III erhält Teil B folgende Fassung:

„FORMULAR FÜR DIE UNTERSTÜTZUNGSBEKUNDUNG – TEIL B

(Für Mitgliedstaaten, in denen die Angabe einer persönlichen Identifikationsnummer/der Nummer eines persönlichen Ausweisepapiers vorgeschrieben ist.)

Alle Felder dieses Formulars müssen ausgefüllt werden.

VON DEN ORGANISATOREN VORAUSZUFÜLLEN:

1. Die auf diesem Formular angegebenen Unterzeichner haben eine persönliche Identifikationsnummer/ Nummer eines persönlichen Ausweisepapiers von: Bitte je Liste nur einen Mitgliedstaat ankreuzen.

BG	CZ	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	AT	PL	PT	RO	SI	SE
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Hinweise zur persönlichen Identifikationsnummer/Nummer eines persönlichen Ausweisepapiers, von denen mindestens eine anzugeben ist — siehe Teil C.

2. Registriernummer der Kommission:
3. Registrierungsdatum:
4. Internetadresse dieser geplanten Bürgerinitiative im Register der Kommission:
5. Bezeichnung dieser geplanten Bürgerinitiative:
6. Gegenstand:
7. Hauptziele:
8. Namen der Organisatoren:
9. Namen und E-Mail-Adressen der Kontaktpersonen:
10. Website dieser geplanten Bürgerinitiative (sofern vorhanden):

VON DEN UNTERZEICHNERN AUSZUFÜLLEN:

"Hiermit bestätige ich, dass die in diesem Formular gemachten Angaben zutreffend sind und ich diese geplante Bürgerinitiative nur einmal unterstützt habe."

VOLLSTÄNDIGE VORNAMEN	FAMILIENNAMEN	STÄNDIGER WOHNSITZ (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort Landkreis) ²	GEBURTSDATUM UND -ORT ³	STAATSANGEHÖRIGKEIT	PERSÖNLICHE IDENTIFIKATIONSNUMMER/ART UND NUMMER DES AUSWEISPAPIERS ⁴	DATUM UND UNTERSCHRIFT ⁵

64

1

Im Fall Bulgariens und Griechenlands auch den Namen des Vaters eintragen; im Fall Griechenlands und Lettlands auch den Geburtsnamen eintragen.

2

Nur im Fall Spaniens, Frankreichs, Kroatiens, Italiens, Österreichs, Polens und Rumäniens.

3

Im Fall Griechenlands, Frankreichs, Maltas, Portugals und Rumäniens bitte das Geburtsdatum angeben; im Fall Luxemburgs nur den Geburtsort eintragen; im Fall Italiens, Lettlands, Österreichs, Sloweniens und Schwedens bitte sowohl das Geburtsdatum als auch den Geburtsort eintragen.

4

Bei italienischen Ausweispapieren bitte auch die ausstellende Behörde eintragen.

5

Die Unterschrift ist nicht zwingend erforderlich, wenn das Formular ohne elektronische Signatur auf elektronischem Weg vorgelegt wird.

Erklärung zum Datenschutz: Gemäß Artikel 10 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr werden die auf diesem Formular eingetragenen personenbezogenen Daten nur der zuständigen Behörde für die Zwecke der Überprüfung und Zertifizierung der Anzahl der eingegangenen gültigen Unterstützungsbekundungen für die geplante Bürgerinitiative zur Verfügung gestellt (siehe Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative) und, sofern dies notwendig ist, für die Zwecke der rechtlichen oder verwaltungstechnischen Verfahren im Zusammenhang mit der geplanten Bürgerinitiative weiterverarbeitet (siehe Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 211/2011). Die Angaben dürfen für keine anderen Zwecke verwendet werden. Die betroffenen Personen haben das Recht auf Zugang zu ihren personenbezogenen Daten. Alle Unterstützungsbekundungen werden spätestens 18 Monate nach Registrierung der geplanten Bürgerinitiative oder – wenn entsprechende rechtliche oder verwaltungstechnische Verfahren laufen – spätestens eine Woche nach Abschluss der betreffenden Verfahren vernichtet.

- (c) In Anhang III Teil C Nummer 2 „Liste der Mitgliedstaaten, für die die Angabe einer persönlichen Identifikationsnummer/der Nummer eines persönlichen Ausweispapiers vorgeschrieben ist, wie nachfolgend aufgeführt (Formular für die Unterstützungsbekundung — Teil B)“ wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:
- „KROATIEN
 - Osobni identifikacijski broj (persönliche Identifikationsnummer)“
- (d) Anhang VII erhält folgende Fassung:

„ANHANG VII

FORMULAR ZUR EINREICHUNG EINER BÜRGERINITIATIVE BEI DER KOMMISSION

1. Bezeichnung der Bürgerinitiative:
2. Registriernummer der Kommission:
3. Datum der Registrierung:
4. Anzahl der eingegangenen gültigen Unterstützungsbekundungen (mindestens eine Million):
5. Anzahl der von den Mitgliedstaaten bestätigten Unterzeichner:

	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU
Anzahl der Unterzeichner																
	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK	INSGESAMT			
Anzahl der Unterzeichner																

6. Vollständige Namen, Postanschriften und E-Mail-Adressen der Kontaktpersonen¹.
7. Alle Quellen zur Unterstützung und Finanzierung der Initiative einschließlich der Höhe der finanziellen Unterstützung zum Zeitpunkt der Einreichung sind anzugeben¹:
8. Hiermit erklären wir, dass die Angaben in diesem Formular zutreffend sind.

Datum und Unterschrift der Kontaktpersonen:

9. Anhänge:

¹ Erklärung zum Datenschutz: Gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr werden die betroffenen Personen davon in Kenntnis gesetzt, dass die betreffenden personenbezogenen Daten für die Zwecke des Verfahrens im Zusammenhang mit der Bürgerinitiative von der Kommission erfasst werden. Im Online-Register der Kommission werden nur die vollständigen Namen der Organisatoren, die E-Mail-Adressen der Kontaktpersonen und Angaben zu den Quellen für Unterstützung und Finanzmittel veröffentlicht. Die betroffenen Personen haben das Recht, gegen die Veröffentlichung ihrer personenbezogenen Daten aus zwingenden berechtigten Gründen, die sich aus ihrer persönlichen Situation ergeben, Widerspruch einzulegen, jederzeit die Richtigstellung dieser Angaben sowie nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Registrierung einer geplanten Bürgerinitiative die Entfernung dieser Angaben aus dem Online-Register der Kommission zu verlangen.

(Alle Bescheinigungen sind beizufügen.)“

13. RECHT, FREIHEIT UND SICHERHEIT

A. JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT IN ZIVIL- UND HANDELSSACHEN

1. 32000 R 1346: Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren (ABl. L 160 vom 30.6.2000, S. 1):
 - (a) In Anhang A wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„HRVATSKA

– Stečajni postupak“.
 - (b) In Anhang B wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„HRVATSKA

– Stečajni postupak“.
 - (c) In Anhang C wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„HRVATSKA

– Stečajni upravitelj

– Privremeni stečajni upravitelj

– Stečajni povjerenik

– Povjerenik“.
2. 32001 R 0044: Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 12 vom 16.1.2001, S. 1):
 - (a) Die Liste der Übereinkünfte in Artikel 69 erhält folgende Fassung:

„– das am 8. Juli 1899 in Paris unterzeichnete belgisch-französische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;

– das am 28. März 1925 in Brüssel unterzeichnete belgisch-niederländische Abkommen über die Zuständigkeit der Gerichte, den Konkurs sowie die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;

– das am 3. Juni 1930 in Rom unterzeichnete französisch-italienische Abkommen über die Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivil- und Handelssachen;

- das am 18. Januar 1934 in Paris unterzeichnete britisch-französische Abkommen über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll;
- das am 2. Mai 1934 in Brüssel unterzeichnete britisch-belgische Abkommen über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll;
- das am 9. März 1936 in Rom unterzeichnete deutsch-italienische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 25. Oktober 1957 in Wien unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden betreffend Unterhaltsverpflichtungen;
- das am 30. Juni 1958 in Bonn unterzeichnete deutsch-belgische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;
- das am 17. April 1959 in Rom unterzeichnete niederländisch-italienische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- den am 6. Juni 1959 in Wien unterzeichneten deutsch-österreichischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;
- das am 16. Juni 1959 in Wien unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;
- das am 14. Juli 1960 in Bonn unterzeichnete deutsch-britische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- den am 14. Juli 1961 in Wien unterzeichneten britisch-österreichischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und das am 6. März 1970 in London unterzeichnete Protokoll;
- den am 4. November 1961 in Athen unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;

- das am 6. April 1962 in Rom unterzeichnete belgisch-italienische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und anderen vollstreckbaren Titeln in Zivil- und Handelssachen;
- den am 30. August 1962 in Den Haag unterzeichneten deutsch-niederländischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen;
- das am 6. Februar 1963 in Den Haag unterzeichnete niederländisch-österreichische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;
- das am 7. Februar 1964 in Rom unterzeichnete britisch-italienische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und das am 14 Juli 1970 in Rom unterzeichnete Zusatzprotokoll;
- das am 15. Juli 1966 in Wien unterzeichnete französisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;
- das am 17. November 1967 in Den Haag unterzeichnete britisch-niederländische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen;
- das am 28. Mai 1969 in Paris unterzeichnete französisch-spanische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 29. Juli 1971 in Luxemburg unterzeichnete luxemburgisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;
- das am 16. November 1971 in Rom unterzeichnete italienisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, von gerichtlichen Vergleichen und von Notariatsakten;
- das am 22. Mai 1973 in Madrid unterzeichnete italienisch-spanische Abkommen über die Rechtshilfe und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 11. Oktober 1977 in Kopenhagen unterzeichnete Übereinkommen zwischen Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen;

- das am 16. September 1982 in Stockholm unterzeichnete österreichisch-schwedische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen;
- den am 14. November 1983 in Bonn unterzeichneten deutsch-spanischen Vertrag über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen sowie vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;
- das am 17. Februar 1984 in Wien unterzeichnete österreichisch-spanische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;
- das am 17. November 1986 in Wien unterzeichnete finnisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen; insoweit als er in Kraft ist;
- den am 24. November 1961 in Brüssel unterzeichneten belgisch-niederländisch-luxemburgischen Vertrag über die gerichtliche Zuständigkeit, den Konkurs, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
- das am 23. November 1927 in Lissabon unterzeichnete Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Portugal über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, das zwischen der Tschechischen Republik und Portugal noch in Kraft ist;
- das am 16. Dezember 1954 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die justizielle Zusammenarbeit;
- das am 6. März 1959 in Budapest unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Polen und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- das am 18. Juni 1959 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen;
- das am 6. Februar 1960 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Polen und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, das nun zwischen Polen und Slowenien und zwischen Polen und Kroatien in Kraft ist;
- das am 18. März 1960 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung von

Schiedssprüchen und schiedsgerichtlichen Vergleichen in Handelssachen;

- das am 10. Oktober 1961 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Unterhaltssachen;
- das am 11. Dezember 1963 in Wien unterzeichnete polnisch-österreichische Abkommen über die gegenseitigen Beziehungen in Zivilsachen und über Urkunden;
- den am 20. Januar 1964 in Belgrad unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Schlichtung von Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien und zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Kroatien noch in Kraft ist;
- das am 5. April 1967 in Warschau geschlossene polnisch-französische Abkommen über das anwendbare Recht, die Rechtsprechung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen im Bereich des Personenstands- und Familienrechts;
- das am 18. Mai 1971 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen den Regierungen Jugoslawiens und Frankreichs über die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 12. Dezember 1973 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und dem Königreich Belgien über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Unterhaltssachen;
- das am 8. Oktober 1979 in Budapest unterzeichnete ungarisch-griechische Abkommen über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 24. Oktober 1979 in Athen unterzeichnete polnisch-griechische Abkommen über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 31. Juli 1980 in Budapest unterzeichnete ungarisch-französische Abkommen über die Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen und über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen sowie die Rechtshilfe in Strafsachen und die Auslieferung;
- den am 22. Oktober 1980 in Athen unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Griechenland noch in Kraft ist;

- das am 30. November 1981 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- den am 23. April 1982 in Nikosia unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, das zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Zypern noch in Kraft ist;
- das am 5. März 1984 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Republik Griechenland über die rechtliche Zusammenarbeit in Zivil-, Familien-, Handels- und Strafsachen;
- den am 10. Mai 1984 in Paris unterzeichneten Vertrag zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die Rechtshilfe und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil-, Familien- und Handelssachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Frankreich noch in Kraft ist;
- das am 19. September 1984 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, das nun zwischen Zypern und Slowenien in Kraft ist;
- den am 6. Dezember 1985 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Italienischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Italien noch in Kraft ist;
- den am 4. Mai 1987 in Madrid unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und dem Königreich Spanien über die Rechtshilfe sowie die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Spanien noch in Kraft ist;
- den am 21. Dezember 1987 in Warschau unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Rechtshilfe und die Schlichtung von Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen noch in Kraft ist;
- den am 28. März 1989 in Bratislava unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe und die Schlichtung von Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn noch in Kraft ist;
- das am 28. April 1989 in Warschau unterzeichnete polnisch-italienische Abkommen über gerichtliche Hilfe und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen;

- den am 29. Oktober 1992 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik über die von Gerichten geleistete Rechtshilfe sowie die Schlichtung bestimmter rechtlicher Beziehungen in Zivil- und Strafsachen;
- das am 11. November 1992 in Tallinn unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Lettland, der Republik Estland und der Republik Litauen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen;
- das am 26. Januar 1993 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Polen und der Republik Litauen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen;
- das am 23. Februar 1994 in Riga unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Lettland und der Republik Polen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen;
- das am 14. November 1996 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Republik Polen über die rechtliche Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen;
- das am 27. November 1998 in Tallinn unterzeichnete estnisch-polnische Abkommen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Arbeits- und Strafsachen;
- das am 2. Juli 1930 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen Bulgarien und Belgien über bestimmte justizielle Fragen;
- das am 23. März 1956 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über gegenseitige Rechtshilfe, das zwischen Bulgarien und Slowenien und zwischen Bulgarien und Kroatien noch in Kraft ist;
- den am 7. Oktober 1958 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Rumänien und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- den am 25. Oktober 1958 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Rumänien und der Tschechoslowakischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen, der zwischen Rumänien und der Slowakei noch in Kraft ist;
- das am 3. Dezember 1958 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Rumänien über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- den am 18. Oktober 1960 in Belgrad unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Rumänien und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Rechtshilfe mit Protokoll, der zwischen Rumänien und Slowenien und zwischen Rumänien und Kroatien noch in Kraft ist;

- das am 4. Dezember 1961 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Polen über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- das am 17. November 1965 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Republik Österreich über die Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen sowie über die Gültigkeit und Zustellung von Schriftstücken mit Protokoll;
- das am 16. Mai 1966 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- das am 19. Oktober 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen mit Protokoll;
- das am 11. November 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Italienischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 5. November 1974 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Französischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 30. Oktober 1975 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 10. April 1976 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 25. November 1976 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Rechtshilfe und die Regelung von Beziehungen in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- das am 15. Juni 1978 in London unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 30. Oktober 1979 in Bukarest unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 30. Oktober 1979 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Unterhaltssachen;

- das am 6. November 1980 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Scheidungssachen;
- das am 29. April 1983 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 18. Januar 1989 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
- das am 18. Mai 1990 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Italienischen Republik über die Rechtshilfe und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen;
- das am 23. Mai 1993 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Bulgarien und dem Königreich Spanien über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
- den am 11. Juli 1994 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Tschechischen Republik über die Rechtshilfe in Zivilsachen;
- das am 17. November 1997 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen Rumänien und dem Königreich Spanien über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 17. November 1997 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen Rumänien und dem Königreich Spanien — Zusatzabkommen zum Haager Übereinkommen über den Zivilprozess (Den Haag, 1. März 1954);
- den am 15. Mai 1999 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Republik Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivilsachen;
- das am 7. März 1968 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Volksrepublik Ungarn über die gegenseitige Rechtshilfe, das zwischen Kroatien und Ungarn noch in Kraft ist;
- das am 7. Februar 1994 in Zagreb unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Kroatien und der Republik Slowenien über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen.“

(b) In Anhang I wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

- „in Kroatien: Artikel 46 Absatz 2 des Gesetzes über die Lösung von Kollisionen mit Vorschriften anderer Länder in bestimmten Beziehungen

(Zakon o rješavanju sukoba zakona s propisima drugih zemalja u određenim odnosima) in Bezug auf Artikel 47 Absatz 2 der Zivilprozessordnung (Zakon o parničnom postupku) und Artikel 54 Absatz 1 des Gesetzes über die Lösung von Kollisionen mit Vorschriften anderer Länder in bestimmten Beziehungen (Zakon o rješavanju sukoba zakona s propisima drugih zemalja u određenim odnosima) in Bezug auf Artikel 58 Absatz 1 der Zivilprozessordnung (Zakon o parničnom postupku),“.

- (c) In Anhang II wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes eingefügt:
 - „in Kroatien beim općinski sud in Zivilsachen und beim trgovački sud in Handelssachen;“
- (d) In Anhang III wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes eingefügt:
 - „in Kroatien beim općinski sud in Zivilsachen und beim trgovački sud in Handelssachen;“
- (e) In Anhang IV wird nach der Angabe für Estland Folgendes eingefügt:
 - „in Kroatien ein Rechtsbehelf beim Vrhovni sud Republike Hrvatske;“

3. 32006 R 1896: Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (ABl. L 399 vom 30.12.2006, S. 1):

- (a) In Anhang I erhalten die Codes unter Nummer 4 „Gründe dafür, dass die Sache als grenzüberschreitend anzusehen ist“ folgende Fassung:

„01 Belgien

02 Bulgarien

03 Tschechische Republik

04 Deutschland

05 Estland

06 Griechenland

07 Spanien

08 Frankreich

09 Kroatien

10 Irland

11 Italien

12 Zypern

- 13 Lettland
- 14 Litauen
- 15 Luxemburg
- 16 Ungarn
- 17 Malta
- 18 Niederlande
- 19 Österreich
- 20 Polen
- 21 Portugal
- 22 Rumänien
- 23 Slowenien
- 24 Slowakei
- 25 Finnland
- 26 Schweden
- 27 Vereinigtes Königreich
- 28 Sonstige (bitte angeben)“

- (b) In Anhang I, wird unter Nummer 5.2 „Zahlung der zuerkannten Summe durch den Auftraggeber“ nach dem Eintrag für „GBP“ Folgendes eingefügt:

„HRK
Kroatische Kuna“.

- (c) In Anhang II erhält die Liste der Sprachen unter Nummer 2 nach dem Satz „Bitte füllen Sie ihn in einer der folgenden Sprachen aus:“ folgende Fassung:

- „01 Bulgarisch
- 02 Tschechisch
- 03 Deutsch
- 04 Estnisch
- 05 Spanisch
- 06 Griechisch

- 07 Französisch
- 08 Kroatisch
- 09 Italienisch
- 10 Lettisch
- 11 Litauisch
- 12 Ungarisch
- 13 Maltesisch
- 14 Niederländisch
- 15 Polnisch
- 16 Portugiesisch
- 17 Rumänisch
- 18 Slowakisch
- 19 Slowenisch
- 20 Finnisch
- 21 Schwedisch
- 22 Englisch
- 23 Sonstige (bitte angeben)“.

(d) In Anhang V wird nach dem Eintrag für GBP Folgendes eingefügt:

„HRK

Kroatische Kuna“.

4. 32007 R 0861: Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 1):

In Anhang I wird in Kasten Nr. 7 unter den Nummern 7.1 und 7.2 nach dem Eintrag für „Pfund Sterling (GBP)“ jeweils Folgendes eingefügt:

„ Kroatische Kuna (HRK)“.

In Anhang II wird im zweiten Kasten zwischen den Einträgen für Irisch und Italienisch Folgendes eingefügt:

„ Kroatisch“.

5. 32007 R 1393: Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 79):

In Anhang I wird in den Nummern 6.3.1 und 6.3.2 zwischen den Einträgen für Irisch und Italienisch jeweils Folgendes eingefügt:

„HR,“.

In Anhang II wird nach dem Kasten für Irland folgender Kasten eingefügt:

HR:

Priloženo pismeno dostavlja se sukladno Uredbi (EZ) br. 1393/2007 Europskog parlamenta i Vijeća o dostavi sudskih i izvansudskih pismena u građanskim ili trgovačkim stvarima u državama članicama.

Pismeno možete odbiti primiti ako ono nije sastavljeno na jeziku koji razumijete ili na službenom jeziku ili jednom od službenih jezika mjesta u kojem se pismeno dostavlja, niti je uz njega priložen prijevod na neki od tih jezika.

Ako želite koristiti to pravo, morate odbiti primiti pismeno odmah kod dostave i to izjaviti neposredno osobi koja obavlja dostavu, ili vratiti pismeno na dolje navedenu adresu u roku od jednog tjedna uz izjavu da ga odbijate primiti.

ADRESA

1. Ime:

2. Adresa:

2.1. Ulica i broj/poštanski pretinac:

2.2. Mjesto i poštanski broj:

2.3. Država:

3. Telefon:

4. Telefaks (*):

5. E-mail (*):

IZJAVA PRIMATELJA:

Odbijam primiti priloženo pismeno jer nije sastavljeno na jeziku koji razumijem ili na službenom jeziku ili jednom od službenih jezika mjesta u kojem se ono dostavlja, niti je uz njega priložen prijevod na neki od tih jezika.

Razumijem sljedeći(e) jezik(e)

bugarski litvanski

španjolski mađarski

češki malteški

njemački nizozemski

estonski poljski

grčki portugalski

engleski rumunjski

francuski slovački

irski slovenski

hrvatski finski

talijanski švedski

latvijski

drugi (molimo navesti):

Sastavljeno u:

Datum:

Potpis i/ilipečat:

[In all language versions, add the consecutive box for the Croatian language in the above listing.]

6. 32009 R 0004: Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (ABl. L 7 vom 10.1.2009, S. 1):

(a) In den Anhängen I und II erhält Nummer 2.2.3. folgende Fassung:

„ Belgien Bulgarien Tschechische Republik Deutschland Estland
 Irland Griechenland

Spanien Frankreich Kroatien Italien Zypern Lettland Litauen
 Luxemburg Ungarn Malta Niederlande Österreich Polen
Portugal Rumänien

Slowenien Slowakei Finnland Schweden“.

(b) In den Anhängen III und IV erhält Nummer 2.2.2.3. folgende Fassung:

„ Belgien Bulgarien Tschechische Republik Deutschland Estland
 Irland Griechenland

Spanien Frankreich Kroatien Italien Zypern Lettland Litauen
 Luxemburg Ungarn Malta Niederlande Österreich Polen
Portugal Rumänien

Slowenien Slowakei Finnland Schweden“.

(c) In Anhang V erhalten die Nummern 1.2.3. und 2.2.3. jeweils folgende Fassung:

„ Belgien Bulgarien Tschechische Republik Deutschland Estland
 Irland Griechenland Spanien Frankreich Kroatien Italien
Zypern Lettland Litauen Luxemburg Ungarn Malta Niederlande
 Österreich Polen Portugal Rumänien Slowenien Slowakei
Finnland Schweden“.

(d) In Anhang VI erhalten die Nummern 2.2.3., 3.2.3., 8.1.7.4., 8.2.2.3. und 9.7.3. jeweils folgende Fassung:

„ Belgien Bulgarien Tschechische Republik Deutschland Estland
 Irland Griechenland

Spanien Frankreich Kroatien Italien Zypern Lettland Litauen
 Luxemburg Ungarn Malta Niederlande Österreich Polen
Portugal Rumänien

Slowenien Slowakei Finnland Schweden“.

(e) In Anhang VII erhalten die Nummern 2.2.3., 3.2.3., 6.2.4. und 7.2.3. jeweils folgende Fassung:

„ Belgien Bulgarien Tschechische Republik Deutschland Estland
 Irland Griechenland

Spanien Frankreich Kroatien Italien Zypern Lettland Litauen
 Luxemburg Ungarn Malta Niederlande Österreich Polen
Portugal Rumänien

Slowenien Slowakei Finnland Schweden“.

(f) In den Anhängen I, II, III und IV erhält Nummer 5.1. jeweils folgende Fassung:

„ Euro (EUR) Bulgarischer Lev (BGN) Tschechische Krone (CZK) Estnische Krone (EEK) Kroatische Kuna (HRK) Ungarischer Forint (HUF) Litauischer Litas (LTL)

Lettischer Lats (LVL) Polnischer Zloty (PLN) Rumänischer Leu (RON)

Schwedische Krone (SEK) Sonstige (ISO-Code angeben): ...“.

(g) In Anhang VII erhält Nummer 11.1. folgende Fassung :

„ Euro (EUR) Bulgarischer Lev (BGN) Tschechische Krone (CZK) Estnische Krone (EEK) Kroatische Kuna (HRK) Ungarischer Forint (HUF) Litauischer Litas (LTL)

Lettischer Lats (LVL) Polnischer Zloty (PLN) Rumänischer Leu (RON)

Schwedische Krone (SEK) Sonstige (ISO-Code angeben):“.

B. VISUMPOLITIK

1. 31995 R 1683: Verordnung (EG) Nr. 1683/95 des Rates vom 29. Mai 1995 über eine einheitliche Visagegestaltung (ABl. L 164 vom 14.7.1995, S. 1):

Im Anhang erhält Nummer 3 folgende Fassung:

„3. Hier erscheint der aus einem oder mehreren Buchstaben bestehende Ländercode des ausstellenden Mitgliedstaats (bzw. ‚BNL‘ im Fall der Benelux-Staaten, d. h. Belgien, Luxemburg und die Niederlande) mit Kippeffekt. Dieser Code erscheint bei flachem Betrachtungswinkel hell und bei Drehung um 90 Grad dunkel. Es gelten folgende Ländercodes: A für Österreich, BG für Bulgarien, BNL für Benelux, CY für Zypern, CZE für die Tschechische Republik, D für Deutschland, DK für Dänemark, E für Spanien, EST für Estland, F für Frankreich, FIN für Finnland, GR für Griechenland, H für Ungarn, HR für Kroatien, I für Italien, IRL für Irland, LT für Litauen, LVA für Lettland, M für Malta, P für Portugal, PL für Polen, ROU für Rumänien, S für Schweden, SK für die Slowakei, SVN für Slowenien, UK für das Vereinigte Königreich.“

2. 32001 R 0539: Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. L 81 vom 21.3.2001, S. 1):

In Anhang II Nummer 1 wird folgender Eintrag gestrichen:

„Kroatien“.

C. VERSCHIEDENES

41994 D 0028: Beschluss des Exekutivausschusses vom 22. Dezember 1994 bezüglich der Bescheinigung für das Mitführen von Suchtstoffen und/oder psychotropen Stoffen gemäß Artikel 75 (SCH/Com-ex (94) 28 rev.) (ABl. L 239 vom 22.9.2000, S. 463):

In Anhang 2 wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN:

Gesundheitsministerium

Abteilung für Arzneimittel und Medizinprodukte

Ksaver 200a

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4607 541

Fax: + 385 1 4677 085“.

14. UMWELT

A. NATURSCHUTZ

31997 D 0602: Entscheidung des Rates 97/602/EG vom 22. Juli 1997 über die Liste nach Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3254/91 und nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 35/97 der Kommission (ABl. L 242 vom 4.9.1997, S. 64):

Im Anhang wird folgender Eintrag für Kroatien gestrichen.

“Republik Kroatien *Martes zibellina*

 Mustela erminea

 Ondatra zibethicus“

B. KONTROLLE DER VERSCHMUTZUNG DURCH INDUSTRIEANLAGEN UND RISIKOMANAGEMENT

32009 R 1221: Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1):

(a) In Anhang II Teil A erhält die Liste der nationalen Normungsgremien folgende Fassung:

„BE: IBN/BIN (Institut belge de normalisation/Belgisch Instituut voor Normalisatie)

CZ: ČNI (Český normalizační institut)

DK: DS (Dansk Standard)
DE: DIN (Deutsches Institut für Normung e.V.)
EE: EVS (Eesti Standardikeskus)
EL: ELOT (Ελληνικός Οργανισμός Τυποποίησης)
ES: AENOR (Asociacion Espanola de Normalizacion y Certificacion)
FR: AFNOR (Association Française de Normalisation)
HR: HZN (Hrvatski zavod za norme)
IE: NSAI (National Standards Authority of Ireland)
IT: UNI (Ente Nazionale Italiano di Unificazione)
CY: Κυπριακός Οργανισμός Προώθησης Ποιότητας
LV: LVS (Latvijas Standarts)
LT: LST (Lietuvos standartizacijos departamentas)
LU: SEE (Service de l'Énergie de l'État) (Luxembourg)
HU: MSZT (Magyar Szabványügyi Testület)
MT: MSA (Awtorita` Maltija dwar l-Istandards / Malta Standards Authority)
NL: NEN (Nederlands Normalisatie-Instituut)
AT: ON (Österreichisches Normungsinstitut)
PL: PKN (Polski Komitet Normalizacyjny)
PT: IPQ (Instituto Português da Qualidade)
SI: SIST (Slovenski inštitut za standardizacijo)
SK: SÚTN (Slovenský ústav technickej normalizácie)
FI: SFS (Suomen Standardisoimisliitto r.y)
SE: SIS (Swedish Standards Institute)
UK: BSI (British Standards Institution)“.

(b) In Anhang V erhält Nummer 1 folgende Fassung:

„1. Das EMAS-Logo kann in allen 24 Sprachen verwendet werden, sofern der folgende Wortlaut Anwendung findet:

Bulgarisch: ‚Проверено управление по околна среда‘

Tschechisch: ‚Ověřený systém environmentálního řízení‘
Kroatisch: ‚Verificirani sustav upravljanja okolišem‘
Dänisch: ‚Verificeret miljøledelse‘
Niederländisch: ‚Geverifieerd milieuzorgsysteem‘
Englisch: ‚Verified environmental management‘
Estnisch: ‚Tõendatud keskkonnajuhtimine‘
Finnisch: ‚Todennettu ympäristöasioiden hallinta‘
Französisch: ‚Management environnemental vérifié‘
Deutsch: ‚Geprüftes Umweltmanagement‘
Griechisch: ‚επιθεωρημένη περιβαλλοντική διαχείριση‘
Ungarisch: ‚Hitelesített környezetvédelmi vezetési rendszer‘
Italienisch: ‚Gestione ambientale verificata‘
Irish: ‚Bainistíocht comhshaoil fíoraithe‘
Lettisch: ‚Verificēta vides pārvaldība‘
Litauisch: ‚Įvertinta aplinkosaugos vadyba‘
Maltesisch: ‚Immaniggjar Ambjentali Verifikat‘
Polnisch: ‚Zweryfikowany system zarządzania środowiskowego‘
Portugiesisch: ‚Gestão ambiental verificada‘
Rumänisch: ‚Management de mediu verificat‘
Slowakisch: ‚Overené environmentálne manažérstvo‘
Slowenisch: ‚Preverjen sistem ravnanja z okoljem‘
Spanisch: ‚Gestión medioambiental verificada‘
Schwedisch: ‚Verifierat miljöledningssystem‘ “.

15. ZOLLUNION

A. TECHNISCHE ANPASSUNGEN ZUM ZOLLKODEX

31992 R 2913: Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 302 vom 19.10.1992, S. 1):

In Artikel 3 Absatz 1 wird Folgendes angefügt:

„– das Gebiet der Republik Kroatien“.

B. SONSTIGE RECHTSAKTE DES RATES

1. 32001 D 0822: Beschluss des Rates vom 27. November 2001 über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Gemeinschaft („Übersee-Assoziationsbeschluss“) (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1):

In Anlage 4 „Erklärung auf der Rechnung“ wird nach der französischen Fassung Folgendes eingefügt:

„Kroatische Fassung

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br. ... ⁽¹⁾) izjavljuje da su, osim ako je drukčije izričito navedeno, ovi proizvodi ... ⁽²⁾ preferencijalnog podrijetla.“

2. 32007 R 1528:Verordnung (EG) Nr. 1528/2007 des Rates vom 20. Dezember 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu den Regelungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder der zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führenden Abkommen für Waren mit Ursprung in bestimmten Staaten, die zur Gruppe der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) gehören (ABl. L 348 vom 31.12.2007, S. 1):

In Anlage 4 „Erklärung auf der Rechnung“ wird nach der französischen Fassung Folgendes eingefügt:

„Kroatische Fassung

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br. ... ⁽¹⁾) izjavljuje da su, osim ako je drukčije izričito navedeno, ovi proizvodi ... ⁽²⁾ preferencijalnog podrijetla.“

16. AUSSENBEZIEHUNGEN

1. 31993 R 3030: Verordnung (EWG) Nr. 3030/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 über die Gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Drittländern (ABl. L 275 vom 8.11.1993, S. 1):

(a) In Artikel 2 wird folgender Absatz angefügt:

„(11) Die Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr in dem neuen Mitgliedstaat, der der Europäischen Union am 1. Juli 2013 beitrifft, nämlich Kroatien, von Textilwaren, die mengenmäßigen Beschränkungen oder einer Überwachung in der Gemeinschaft unterliegen und die vor dem 1. Juli 2013 versandt worden sind und am oder nach dem 1. Juli 2013 in den neuen Mitgliedstaat eingeführt werden, ist von der Vorlage einer Einfuhrgenehmigung abhängig. Diese Einfuhrgenehmigung wird automatisch und ohne mengenmäßige Beschränkung von den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats erteilt, wenn z. B. durch Vorlage des Frachtbriefs gebührend nachgewiesen wird, dass die Waren vor dem 1. Juli 2013 versandt worden sind.“

Die Kommission wird von solchen Genehmigungen in Kenntnis gesetzt.“

(b) In Artikel 5 wird folgender Absatz angefügt:

„Die Überführung von Textilwaren in den zollrechtlich freien Verkehr, die vor dem 1. Juli 2013 aus dem der Europäischen Union am 1. Juli 2013 beitretenden neuen Mitgliedstaat zur Veredelung an einen Ort außerhalb der Gemeinschaft versandt und am oder nach dem 1. Juli 2013 in denselben Mitgliedstaat wieder eingeführt werden, ist nicht von der Einhaltung mengenmäßiger Beschränkungen oder der Vorlage einer Einfuhrgenehmigung abhängig, wenn ein gebührender Nachweis, z. B. in Form der Ausfuhrerklärung, erbracht wird. Die zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats übermitteln der Kommission Angaben über diese Einfuhren.“

(c) In Anhang III Artikel 28 Absatz 6 zweiter Gedankenstrich wird zwischen den Einträgen für das Vereinigte Königreich und Ungarn Folgendes eingefügt:

„– HR = Kroatien“.

2. 31994 R 0517: Verordnung (EG) Nr. 517/94 des Rates vom 7. März 1994 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen oder eine spezifische gemeinschaftliche Einfuhrregelung fallen (ABl. L 67 vom 10.3.1994, S. 1):

In Anhang III A erhält der dritte Absatz unter der Überschrift „Vereinigtes Königreich ‚Resttextilzone‘“ folgende Fassung:

„Die ‚CEFTA-Zone‘ umfasst Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Zypern, die Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Irland, Italien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich.“

3. 32002 R 2368: Verordnung (EG) Nr. 2368/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 zur Umsetzung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses für den internationalen Handel mit Rohdiamanten (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 28):

In Anhang II wird folgender Eintrag gestrichen:

"KROATIEN

Ministry of Economy, Labour and Entrepreneurship of the Republic of Croatia

Ulica grada Vukovara 78

10 000 Zagreb

Croatia“

4. 32005 R 1236: Verordnung (EG) Nr. 1236/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 betreffend den Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder

erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten (ABl. L 200 vom 30.7.2005, S. 1):

In Anhang I wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Državni ured za trgovinsku politiku

Gajeva 4

10.000 Zagreb

Republika Hrvatska

Tel: + 385 1 6303 794

Fax: + 385 1 6303 885“.

5. 32009 R 1215: Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete(ABl. L 328 vom 15.2.2009, S. 1):

(a) In Anhang I Nummer 2 wird folgendes Wort gestrichen:

„Kroatien“.

(b) In Anhang I wird im Unterabsatz unter Ordnungsnummer 09.1515 folgendes Wort gestrichen:

„Kroatien“.

(c) Im Anhang wird folgende Fußnote gestrichen:

„(5) Wein mit Ursprung in Kroatien erhält Zugang zu diesem Gesamtzollkontingent, sofern zuvor die beiden einzelnen Zollkontingente ausgeschöpft wurden, die in dem mit Kroatien vereinbarten Zusatzprotokoll über Wein festgelegt sind. Diese einzelnen Zollkontingente werden unter den laufenden Nummern 09.1588 und 09.1589 eröffnet.“

17. AUSSEN-, SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

A. RESTRIKTIVE MASSNAHMEN

1. 32000 R 2488: Verordnung (EG) Nr. 2488/2000 des Rates vom 10. November 2000 über die Aufrechterhaltung des Einfrierens von Geldern betreffend Herrn Milosevic und Personen seines Umfelds und die Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1294/1999 und (EG) Nr. 607/2000 sowie des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 926/98 (ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 19):

In Anhang II wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

2. 32001 R 2580: Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 70):

Im Anhang wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove i globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

3. 32002 R 0881: Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates vom 27. Mai 2002 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 467/2001 des Rates über das Verbot der Ausfuhr bestimmter Waren und Dienstleistungen nach Afghanistan, über die Ausweitung des Flugverbots und des Einfrierens von Geldern und anderen Finanzmitteln betreffend die Taliban von Afghanistan (ABl. L 139 vom 29.5.2002, S. 9):

In Anhang II wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

In Bezug auf technische Hilfe und Ausfuhrbeschränkungen:

Ministarstvo gospodarstva
Uprava za trgovinu i unutarnje tržište

Ulica grada Vukovara 78

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 6106 304

Fax: + 385 1 6109 150

In Bezug auf das Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen:

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove I globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

4. 32003 R 0147: Verordnung (EG) Nr. 147/2003 des Rates vom 27. Januar 2003 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Somalia (ABl. L 24 vom 29.1.2003, S. 2):

Im Anhang wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

5. 32003 R 1210: Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 des Rates vom 7. Juli 2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2465/1996 (ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 6):

In Anhang V wird zwischen den Einträgen für Frankreich und Italien Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

6. 32004 R 0131: Verordnung (EG) Nr. 131/2004 des Rates vom 26 Januar 2004 über die Verhängung bestimmter restriktiver Maßnahmen gegen Sudan und Südsudan (ABl. L 21 vom 28.01.2004, S. 1):

Im Anhang wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ministarstvo gospodarstva

Uprava za trgovinu i unutarnje tržište

Ulica grada Vukovara 78

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 6106 304

Fax: + 385 1 6109 150

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove i globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

7. 32004 R 0234: Verordnung (EG) Nr. 234/2004 des Rates vom 10. Februar 2004 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Liberia und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2003 (ABl. L 40 vom 12.2.2004, S. 1):

In Anhang I wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

8. 32004 R 0314: Verordnung (EG) Nr. 314/2004 des Rates vom 19. Februar 2004 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Simbabwe (ABl. L 55 vom 24.2.2004, S. 1):

In Anhang II wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

9. 32004 R 0872: Verordnung (EG) Nr. 872/2004 des Rates vom 29. April 2004 über weitere restriktive Maßnahmen gegen Liberia (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 32):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

10. 32005 R 0174: Verordnung (EG) Nr. 174/2005 des Rates vom 31. Januar 2005 über Beschränkungen für die Erbringung von Hilfe für Côte d'Ivoire im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten (ABl. L 29 vom 2.2.2005, S. 5, und ABl. L 333M vom 11.12.2008, S. 1019):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ministarstvo gospodarstva

Uprava za trgovinu i unutarnje tržište

Ulica grada Vukovara 78

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 6106 304

Fax: + 385 1 6109 150

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove i globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

11. 32005 R 0560: Verordnung (EG) Nr. 560/2005 des Rates vom 12. April 2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire (ABl. L 95 vom 14.4.2005, S. 1, und ABl. L 159M vom 13.6.2006, S. 347):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

12. 32005 R 0889: 32005 R 0889: Verordnung (EG) Nr. 889/2005 des Rates vom 13. Juni 2005 über die Anwendung bestimmter restriktiver Maßnahmen gegenüber der Demokratischen Republik Kongo und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1727/2003 (ABl. L 152 vom 15.6.2005, S. 1):

Im Anhang wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

13. 32005 R 1183: Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 des Rates vom 18. Juli 2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen Personen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen (ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 1, und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 231):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove i globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

14. 32005 R 1184: Verordnung (EG) Nr. 1184/2005 des Rates vom 18. Juli 2005 über die Verhängung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen, die im Konflikt in der Region Darfur in Sudan den Friedensprozess behindern und gegen das Völkerrecht verstoßen (ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 9, und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 239):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove i globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

15. 32006 R 0305: Verordnung (EG) Nr. 305/2006 des Rates vom 21. Februar 2006 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen, die der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri verdächtig sind (ABl. L 51 vom 22.2.2006, S. 1, und ABl. L 334M vom 12.12.2008, S. 948):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova

Uprava za multilateralne poslove i globalna pitanja

Trg N. Š. Zrinskog 7-8

10 000 Zagreb

Tel: + 385 1 4569 952

Fax: + 385 1 4597 416“.

16. 32006 R 0765: Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates vom 18. Mai 2006 über restriktive Maßnahmen gegen Präsident Lukaschenko und verschiedene belarussische Amtsträger (ABl. L 134 vom 20.5.2006, S. 1, und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 432):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

17. 32006 R 1412: Verordnung (EG) Nr. 1412/2006 des Rates vom 25. September 2006 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Libanon (ABl. L 267 vom 27.9.2006, S. 2, und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 470):

Im Anhang wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

18. 32007 R 0329: Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27. März 2007 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea (ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 1, und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 1033):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

19. 32008 R 0194: Verordnung (EG) Nr. 194/2008 des Rates vom 25. Februar 2008 zur Verlängerung und Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 817/2006 (ABl. L 66 vom 10.3.2008, S. 1), Mitteilung an die Personen und Organisationen, die in den Listen aufgeführt sind (ABl. C 65 vom 11.3.2008, S. 12):

In Anhang IV wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

20. 32009 R 1284: Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates vom 22. Dezember 2009 zur Einführung bestimmter restriktiver Maßnahmen gegenüber der Republik Guinea (ABl. L 346 vom 23.12.2009, S. 26):

In Anhang III wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

21. 32010 R 0356: Verordnung (EU) Nr. 356/2010 des Rates vom 26. April 2010 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen aufgrund der Lage in Somalia (ABl. L 105 vom 27.4.2010, S. 1):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

22. 32010 R 0667: Verordnung (EU) Nr. 667/2010 des Rates vom 26. Juli 2010 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Eritrea (ABl. L 195 vom 27.7.2010, S. 16):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

23. 32011 R 0101: Verordnung (EU) Nr. 101/2011 des Rates vom 4. Februar 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Tunesien (ABl. L 31 vom 5.2.2011, S. 1):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

24. 32011 R 0204: Verordnung (EU) Nr. 204/2011 des Rates vom 2. März 2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 1):

In Anhang IV wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

25. 32011 R 0270: Verordnung (EU) Nr. 270/2011 des Rates vom 21 März 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Ägypten (ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 4):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>”.

26. 32011 R 0359: Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates vom 21. April 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 1):

In Anhang II wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>”.

27. 32011 R 0753: Verordnung (EU) Nr. 753/2011 des Rates vom 1. August 2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan (ABl. L 199 vom 2.8.2011, S. 1)

In Anhang II wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>“.

28. 32012 R 0036: Verordnung (EU) Nr. 36/2012 des Rates vom 18. Januar 2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 442/2011 (ABl. L 16 vom 19.1.2012, S.1)

In Anhang III wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>'.

29. 32012 R 0267: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 961/2010 (ABl. L 88 vom 24.3.2012, S. 1)

In Anhang X wird nach dem Eintrag für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>'.

30. 32012 R 0377: Verordnung (EU) Nr. 377/2012 des Rates vom 3. Mai 2012 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte den Frieden, die Sicherheit und die

Stabilität in der Republik Guinea-Bissau gefährdende Personen, Organisationen und Einrichtungen (ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 1)

In Anhang II wird nach der Angabe für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

<http://www.mvep.hr/sankcije>'.

B. SICHERHEITSMASSNAHMEN

32011 D 0292: Beschluss 2011/292/EU des Rates vom 31. März 2011 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlusssachen (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 17)

(a) In Anlage B wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„Kroatien	Vrlo tajno	Tajno	Povjerljivo	Ograničeno“
-----------	------------	-------	-------------	-------------

(b) In Anlage C wird nach den Angaben für Frankreich Folgendes eingefügt:

„KROATIEN

Ured Vijeća za nacionalnu sigurnost

Jurjevska 34

10 000 Zagreb

Tel: (385-1) 468 60 46

Fax: (385-1) 468 60 49“.

18. ORGANE

1. 31958 R 0001 : Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 385/58):

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Artikel 1

Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Union sind Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Kroatisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch.“

2. 31958 R 0001 (01) : Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Atomgemeinschaft (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 401/58):

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Artikel 1

Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Union sind Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Kroatisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch.“